Solidaritätspreis 1,50 €

VORAN

Zeitung der SAV Sozialistische Alternative

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus 50 Cent

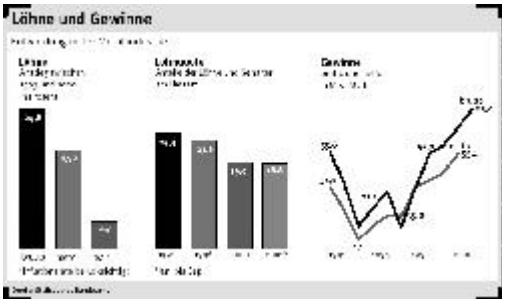
VORAN Nr. 233 März 2002

Höhere Löhne erkämpfen!

Die Unternehmer wollen die Krise ihres Wirtschaftssystems auf die ArbeiterInnen abwälzen. Nachdem viele Konzerne bereits Entlassungen ausgesprochen haben, fordern sie von den Gewerkschaften vereint mit Politikern Lohnverzicht bei den anstehenden Tarifrunden. Die Forderungen, so der Tenor, seien unbezahlbar und würden noch mehr Arbeitsplätze vernichten.

Von Torsten Sting, Rostock

Das „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit" ist ein Bündnis für Arbeitslosigkeit und Profitgier. Die Gewerkschaften (wie DGB-Vorsitzender Schulte auf dem Foto mit Kanzler Schröder und Arbeitgeber Hundt) dürfen sich nicht die Hände binden lassen...



Diese „Argumente" der Herrschenden sind nicht neu. Vor zwei Jahren brummte die Konjunktur. Auch damals warnten die Unternehmer vor kräftigen Lohnerhöhungen. Diese würden den Aufschwung gefährden und Arbeitsplätze kosten. Die Gewerkschaftsführung machte dieses Spiel mit und unterschrieb mickrige Abschlüsse (im Jahre 2000 2,4 Prozent), die zudem eine Laufzeit von zwei Jahren hatten.

Satte Gewinne...

Die Folge davon war, dass in den vergangenen zwei Jahren die Profite der Bosse zu Lasten der Löhne kräftig anstiegen. Damit wurde die Entwicklung der 90er Jahre fortgesetzt. Laut IG Metall stiegen die Nettogewinne der Metallindustrie zwischen 1993 und 2000 von 0,5 auf 27 Milliarden Euro. Allen Verzichtsappellen an die Adresse der ArbeiterInnen zum Trotz gönnte sich die Managerriege der Konzerne einen kräftigen Schluck aus der Pulle. Im Durchschnitt steigerten die Vorstände der im DAX notierten Firmen ihre Gehälter im Jahre 2000 um bescheidene 500.000 Euro!

...führen nicht zu neuen Jobs...

Was ist aus den versprochenen Arbeitsplätzen geworden? Pustekuchen! Die Arbeitslosigkeit ist mit offiziell 4,3 Millionen auf dem höchsten Stand seit drei Jahren. Somit bewahrheitet sich zum x-ten mal, dass Lohnverzicht keine Arbeitsplätze schafft.

...aber zu sinkenden Löhnen!

Die Löhne sind demgegenüber von den Gewinnen überrundet und von der Inflation aufgefressen worden. Nach Angaben des WSI (DGB-Institut) sanken die Reallöhne im vergangenen Jahr um 0,4 Prozent! Seit der Einführung des Teuro haben wir mit drastischen Preiserhöhungen, vor allem bei Lebensmitteln, zu tun.

6,5 Prozent voll durchsetzen

Angesichts dieser Tatsachen sind kräftige Lohnerhöhungen eine absolute Notwendigkeit für die ArbeiterInnen. Das ist auch die vorherrschende Stimmung in den Betrieben. Die offizielle Forderung von 6,5 Prozent liegt weit hinter den allermeisten Forderungen aus Betrieben und Delegiertenversammlungen. Diese 6,5 Prozent müssen deshalb voll durchgesetzt werden.

Bremsende Führung...

Ohne kräftigen Druck von unten wird dies nicht möglich sein. Wenn es nach der IGM-Führung gegangen wäre, wäre die Forderung noch niedriger. Zwickel und Co. wollten eine ertragsabhängige Komponente einführen. Auf massiven Protest von der Basis – auch aus ertragsstarken Betrieben – musste der Vorstand erst mal einen Rückzieher machen. Runter vom Verhandlungstisch ist es damit noch lange nicht.

Ende März läuft die Friedenspflicht aus. Dann darf es keine langen verzettelten Warnstreiks geben, sondern Urabstimmung und Vollstreik.

...braucht Druck von unten!

Von jetzt an muss in Vertrauensleuteversammlungen, Mitglieder- und Betriebsversammlungen über den Stand der Verhandlungen regelmäßig informiert werden. Ab sofort müssen Streikvorbereitungen organisiert werden. Ein Vollstreik in der Metallindustrie ist die beste Ausgangsbasis für einen Durchbruch. Dieser muss auch und gerade die KollegInnen in Ostdeutschland einbeziehen. Die Reallöhne sind immer noch erst bei etwa 80 Prozent der Westlöhne und die Arbeitszeiten sind länger. Die Tarifrunde sollte ebenfalls zum Ziel haben, die Arbeitsbedingungen denen im Westen anzugleichen. Eine erfolgreiche Tarifrunde der Metallindustrie hätte zudem einen positiven Effekt auf die KollegInnen der anderen Branchen. ■

..., sondern müssen den Kampf für Lohnerhöhungen in der Tarifrunde mit dem Kampf zur Schaffung von Arbeitsplätzen verbinden

Traumhafte Gehaltserhöhungen – für Unternehmer

Seit 1999 haben sich die deutschen Topmanager ihre Gehälter im Schnitt jährlich um 30 Prozent erhöht. (metall 1/02)

■ Das Beispiel Deutsche Bank:
Vorstandsmitglied Norbert Walter über die Forderungen der Gewerkschaft: *„5 Prozent Lohnforderung sind überzogen, 7 Prozent sind völlig weltfremd."* – Gleichzeitig haben Walter & Co. sich ihre Vorstandsgehälter in drei Jahren um 30 Prozent erhöht.

■ Das Beispiel Siemens:
20.000 Arbeitsplätze gestrichen – Vorstandsgehälter um 27,5 Prozent erhöht.

KRIEGSPOLITIK
Greifen die USA den Irak an?
Seite 3

GESUNDHEITSREFORM
Widerstand gegen Privatisierungen
Seite 4

WELTWIRTSCHAFT
Konjunkturdelle oder tiefe Krise?
Seite 6-7

PORTO ALEGRE
Weltsozialforum
Seite 8

Wehrmachtsausstellung in Bielefeld

Polizeischutz für NPD-Aufmarsch

Am 2. Februar folgten ungefähr 1.700 Nazis dem Aufruf der NPD gegen die Wehrmachtsausstellung in Bielefeld zu demonstrieren – fast 10.000 Menschen gingen dagegen auf die Straße. Die Polizei riegelte den gesamten Ostteil der Stadt hermetisch ab und schikanierte selbst AnwohnerInnen, die zu ihren Wohnungen kommen wollten.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) organisierte vier Kundgebungen, die überall in der Bielefelder Innenstadt stattfanden. Aber der DGB war keineswegs gewillt die Nazis aufzuhalten, so marschierte der DGB von den Nazis weg Richtung Innenstadt, wo dann eine Abschlusskundgebung mit dem CDU-Bürgermeister stattfinden sollte.

Nur 150 Meter von der „Temporär National Befreiten Zone“ hatten sich in etwa 2.000 Antifaschistinnen versammelt, um aktiv gegen die Nazis vorzugehen, darunter Antifas, ATTAC, SAV und auch einige DGB-Leute.

Mit massivem Einsatz von Träneng as hielt die Polizei die AntifaschistInnen auf. Ein Demonstrant wurde brutal niedergeknüppelt, laut Zeugenaussagen soll er sogar einige Rippenbrüche davongetragen haben.

Höhepunkt der Polizeischikane war allerdings, dass Bürger des Ostteils nicht mit dem Auto zu ihren Häusern konnten. Eine alte Frau bat uns um Hilfe, weil ihr 86-jähriger Mann, der fast blind war, nicht alleine in den Ostteil der Stadt gehen konnte – auch ihn wollte man zuerst nicht durch die Polizeiabsperrung durchlassen.

NPD-Demonstrationen werden von der Polizei geschützt, das NPD-Verbotsverfahren ist auf der Kippe, Dutzende V-Leute haben diese Partei mit aufgebaut – wenn wir uns im Kampf gegen Nazis auf den Staat verlassen, dann sind wir verlassen.

Marcel Groth, Mönchengladbach

unser standpunkt

Arbeitsamt-Skandal

Es geht nicht um Pannen, sondern um Privatisierungspläne

In den letzten Wochen sorgte die Bundesanstalt für Arbeit bekanntlich nicht nur mit den neuesten katastrophalen Arbeitslosenzahlen für Aufregung, sondern mit dem Auffliegen von Manipulationen der eigenen Vermittlungsstatistiken.

Was ans Licht gebracht wurde: Jährlich werden nicht etwa wie bisher angenommen 3,8 Millionen, sondern nur 1,1 Millionen Menschen in Deutschland durch das Arbeitsamt in Beschäftigung gebracht. Das Arbeitsamt ist damit nicht wie immer propagiert für über die Hälfte der Jobsuchenden eine Hilfe, sondern für gerade mal jeden Fünften. Nur ein Drittel aller registrierten Vermittlungen wurde von den Ämtern tatsächlich getätigt.

Ob Arbeitgeberverbände oder etablierte Politiker und Parteien - bei der Suche nach den Gründen für die miesen Vermittlungsergebnisse versuchen sie alle den wirklichen Grund für die miserable Statistik verbergen. Die aktuelle Diskussion um Ineffizienz und Schlamperei und der Rücktritt von Jagoda sollen davon ablenken, dass die kapitalistische Marktwirtschaft die Ursache für die Massenarbeitslosigkeit ist.

Alle arbeitsmarktpolitischen Vorschläge der letzten Zeit, vom Mainzer Modell bis zum Job-Aqtive-Gesetz, zielten nicht darauf ab, neue Jobs zu schaffen, sondern waren darauf aus, den Arbeitsmarkt nach Unternehmerinteressen umzuorganisieren.

Kannengießer vom Arbeitgeberverband und gleichzeitig im Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit redete einer Art Call-Center für jedes Arbeitsamt das Wort. Dieses solle „allen Wünschen und Interessen der Arbeitgeber“ nachgehen. Zusätzlich soll die private Vermittlung gestärkt werden.

Private sind schon heute zugelassen. Zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit haben sie aber natürlich auch nicht geführt. Bei einer schon etwas zurückliegenden Untersuchung des Rechnungshofs mehrerer privater Agenturen zur Vermittlung Langzeitarbeitsloser traten haarsträubende Ergebnisse zu Tage. Ein Beispiel: Die Emsländische Service und Beratungsagentur kaufte von staatlichen Fördermitteln in Höhe von 3,4 Millionen Mark erst einmal vier Dienstwagen. Das Jobbüro mit seinen 8 Mitarbeitern vermittelte in 8 Monaten nicht mehr Arbeitslose als das örtliche Arbeitsamt mit 3 Vermittlern in einem Monat. Dieses Beispiel zeigt, dass es privaten Agenturen nur um die eigene Gewinnmaximierung geht. Wenn gerade die Waschmaschinenproduktion profitabler wäre als die Vermittlung von Arbeitslosen, würden sie sich eben mit Waschmaschinen beschäftigen.

Für die Arbeitslosen wird eine Stärkung der privaten Vermittlung nur Nachteile mit sich bringen. Eine Kontrolle, welche Jobs private Vermittler ihren „Kunden“ anbieten und ob diese „zumutbar“ sind, wird erschwert. Auch der Druck auf Arbeitslose wird erhöht. Schon heute ist es Alltag, dass in einigen Sozial- und Arbeitsämtern private Zeitarbeitsfirmen eingegliedert sind, die bestimmen, welche Billigjobs den Arbeitslosen angeboten werden. Lehnt man einen solchen ab, bekommt man eine Sperre der Lohnersatzleistungen von mehreren Monaten.

Anstelle einer Privatisierung der (Billig-)Jobvermittlung ist eine demokratische Kontrolle und Verwaltung der öffentlichen Arbeitsämter durch demokratisch gewählte VertreterInnen der Arbeitslosen, der Arbeitsamt-Beschäftigten und der Gewerkschaften nötig.

Um die Vermittlung Arbeitsloser jedoch überflüssig zu machen, brauchen wir ein öffentliches Beschäftigungsprogramm in Bereichen wie beispielsweise Bildung, Gesundheit, Verkehr und Umwelt und außerdem eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, über welche die Arbeit auf alle verteilt werden kann. Letztendlich kommen wir nicht an der Überführung der Großkonzerne in Gemeineigentum vorbei, um eine demokratische Kontrolle und Verwaltung der Betriebe durch die arbeitende Bevölkerung zu gewährleisten. Erst dann könnte ausgemacht werden, wie viel Arbeit bei welchen Bedingungen im Interesse aller und nicht einiger weniger gebraucht wird. ■

Telekom

Azubis unter Beschuss

Die Deutsche Telekom AG hat den Bereich Aus- und Weiterbildung ausgetöchtert. VORAN sprach mit Alexandra Arnsburg, Mitglied der Jugend- und Auszubildendenvertretung bei der Kundenniederlassung Berlin.

Was passiert mit der Ausbildung bei der Telekom in diesem Jahr?

Der Arbeitgeber hat den gesamten Bereich ab 1.1.2002 in ein Tochterunternehmen umgewandelt, das Telekom Training Center (TTC). Das heißt, alles wird anders. Auszubildende werden künftig nach Bedarf eingestellt, eine politische oder soziale Quote dabei einzufordern gestaltet sich als noch schwieriger. Das TTC muss Gewinn machen. Also sollen die Azubis so billig wie möglich ihre Ausbildung machen und dabei noch gute Leistungen erbringen. Es ist völlig unklar, ob es noch eine geregelte Übernahme nach der Prüfung geben wird, so wie wir sie in den vergangenen Jahren hatten. Auch die gesamte Struktur der Interessenvertretung (Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV), Betriebsrat) wird anders und gestaltet sich als schwieriger.

Was bezweckt der Arbeitgeber damit?

Erst einmal werden die 39 Ausbildungsstandorte in der BRD erhalten bleiben. Aber das TTC muss auf dem freien Markt konkurrieren können. Da gibt es im Durchschnitt auf einen Ausbilder 40 Azubis. Bei uns sind die Gruppen gerade mal 10 bis 20 Leute stark. Da werden sicher AusbilderInnen gehen müssen.

Die neuen Auszubildendenvertretungen (AV) haben ganz andere Rechte als die alten JAVen. Selbst die Besuche bei den Azubis am Arbeitsplatz lassen sich nicht mehr so einfach umsetzen.

Welche Schwierigkeiten gibt es?

Die neuen AVen werden per Tarifvertrag gebildet. Es gibt schon lange Diskussionen, ob Azubis in Betrieben, die nur zur Ausbildung dienen, Arbeitnehmer im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) sind, aber noch keine entgültige gerichtliche Entscheidung. Deshalb können in einem Betrieb wie das TTC nicht einfach JAVen gewählt werden. Ein großer Teil des BetrVG wurde ausgehebelt. Wir müssen nun sehen, dass die Konzernauszubildendenvertretung die meisten Sachen vertritt. Aber die sitzt natürlich da, wo auch der Betrieb ist, in Bonn. Die neuen Auszubildendenvertretungen sind auch nicht mehr einem Betriebsrat untergeordnet, das heißt dass sie in vielen Dingen auf sich allein gestellt sind.

Gab es Proteste gegen dieses Projekt? Wie hat sich die Deutsche Postgewerkschaft/Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (DPG/ver.di) dazu positioniert?

Anfangs, als das Projekt noch Qualifizierungsdienstleister (QDL) hieß, gab es einen riesigen Wirbel. Die DPG startete eine Kampagne unter dem Motto: „Kein Quddel-Muddel bei der Telekom!“ Es wurden Unterschriften gesammelt, Plakate und Aufkleber gemacht und eine eigene Homepage für die Kampagne eingerichtet. Letztendlich kann von uns keiner nachvollziehen, wie es auf einmal zum Abschluss von Verhandlungen kam, wo wir noch nicht einmal wussten, dass Verhandlungen stattfanden.

Wir haben die Kampagne von der JAV und des Betriebsjugendausschusses (BeJA) mit unterstützt und es regelmäßig auf Jugendversammlungen aller Azubis der Telekom thematisiert. Wir hatten eine gute Stimmung unter den Azubis, es hätte zu mehr Protesten kommen können, wenn die Gewerkschaft dazu aufgerufen hätte.

Wie geht es weiter? Müssen wir uns endgültig von einer qualifizierten Ausbildung mit echter Interessenvertretung verabschieden?

Wir werden natürlich weiter versuchen, die Standards in der Ausbildung zu halten und weiter zu verbessern. Dort wo starke und kämpferische Auszubildendenvertretungen sind, wird das auch klappen.

Was kommt auf die neuen Auszubildendenvertretungen zu?

Es kann zu großen Problemen kommen, wenn zum Beispiel bei den nächsten Wahlen im Herbst viele unerfahrene Leute neu in die AVen gehen. Der Arbeitgeber könnte sie hier leichter über den Tisch ziehen, weil es ja nicht mehr den übergeordneten Betriebsrat gibt, der eingreifen kann. ■

52. Berliner Filmfestspiele

Widerstand im Kino

Die 52. Berlinale (6.-17. Februar) hatte einmal mehr deutlich gemacht, in welchem Maß die Filmwelt den politischen Ereignissen heute hinterher hinkt. Erschreckend, wie wenig an neuen Ideen und künstlerischen Gestaltungsformen entwickelt wird. Wie blass die Handlung auf der Leinwand bei all den dramatischen Veränderungen auf der politischen Bühne bleibt.

Dennoch sind die ersten Ansätze wichtiger Veränderungen zu registrieren: die Beteiligung von einzelnen Regisseuren an politischen Protesten, das Aufgreifen gesellschaftskritischer Fragen im Kino, der Versuch, sich von der Umklammerung der großen Filmstudios zu lösen und künstlerisch neue Wege zu gehen.

Von Aron Amm, Berlin

In Rom kamen kürzlich mehrere Dutzend italienische Filmleute zu einer Versammlung, auf welcher der Altmeister des italienischen Kinos, Ettore Scola, zum „Widerstand“ gegen die Kulturpolitik Berlusconis aufrief. Widerstand – das war auch ein Thema der jüngsten Berliner Filmfestspiele. Den Goldenen Bären erhielt das Werk von Paul Greengrass über den „Bloody Sunday“ (gemeinsam mit dem japanischen Animationsfilm „Chihiros Reise“ von Hayao Miyazaki). Ein heimlicher Schwerpunkt der Berlinale war außerdem die Auseinandersetzung mit der „Wirklichkeit“, wie die FAZ es nannte.

Genua-Veranstaltung

Ein Höhepunkt auf der diesjährigen Berlinale war die Sondervorführung von „Un mondo diverso e possibile“ („Eine andere Welt ist möglich“) über die Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua. Dies allerdings weniger wegen der Qualität des Films, der in seiner Aussage nicht dem heutigen Stand der antikapitalistischen Bewegung gerecht wird. Die starke Beteiligung von Rifondacione Communista, gewerkschaftlichen Kräften und in Arbeitskämpfen involvierten Beschäftigten wurde im Film genauso ausgespart wie die lebhaften Auseinandersetzungen unter den AktivistInnen über Kampfformen und politische Inhalte. Die Zusammenstellung der Dokumentarszenen bemüht sich gar nicht erst, den Lauf der Ereignisse präzise wiederzugeben, sondern versucht, das Geschehen durch Stimmungen wirken zu lassen. Bedeutsam ist jedoch allein die Tatsache, dass einschneidende politische Entwicklungen wie Genua 2001 auf dem Berliner Festival ein Forum bekamen. Der in Berlin gezeigte Genua-Film war von 34 Filmemachern kreiert worden, unter ihnen so große Namen wie Francesco Rosi und die Taviani-Brüder.

Zu den ersten noch bescheidenen Ansätzen zur Behandlung gesellschaftskritischer Fragen im Kino kommt auch die Einmischung einzelner Filmschaffender in das politische Geschehen. So trat Anfang Februar der angesehene Regisseur Nanni Moretti auf einer gegen Berlusconi gerichteten Kundgebung spontan ans Rednerpult, um eine Schimpfkanonade auf die Führer des Olivenbaumbündnisses wegen ihrer fehlenden Kampfbereitschaft und all ihrem Postengeschacher loszulassen.

Gesellschaftskritik

Auf der diesjährigen Berlinale wurde das Thema Widerstand in verschiedenen Beiträgen des offiziellen Wettbewerbsprogramms aufgegriffen. Allerdings wurden nicht aktuelle Kämpfe der Arbeiterklasse und die Massenproteste gegen die kapitalistische Globalisierung behandelt, sondern historischen Ereignissen („Bloody Sunday“) Aufmerksamkeit geschenkt und Einzelschicksale (zum Beispiel über den individuellen Terrorismus wie in dem unsäglichen „Baader“) in den Vordergrund gestellt. Im „Stellvertreter“ von Costa-Gavras und dem „Passierschein“ von Bertrand Tavernier standen der Widerstand im Faschismus und die französische Resistance im Mittelpunkt. Die Retrospektive war dieses Mal den 60er Jahren gewidmet. Begründet wurde auch dies damit, dass trotz aller Unterschiede ähnlich wie in den 60ern heute eine politische Aufbruchstimmung spürbar wäre.

„Bloody Sunday“

Die preisgekrönte britisch-irische Koproduktion „Bloody Sunday“ beschränkt sich darauf, die 24 Stunden des 30. Januars 1972 zu zeigen. Aus verschiedenen Perspektiven wird der Sonntag im nordirischen Derry vor dreißig Jahren eingefangen, als britische Streitkräfte das Feuer eröffneten auf unbewaffnete DemonstrantInnen eines 15.000 Menschen starken Marsches überwiegend katholischer ArbeiterInnen für Bürgerrechte – und 14 DemonteilnehmerInnen erschossen. Im Abspann weist der Film darauf hin, dass die Schützen straffrei davon kamen und die Offiziere für ihren Einsatz sogar Orden erhielten.

Der Film zeigt viel, aber bei weitem nicht genug. Sowohl die Verantwortung der britischen Regierung als auch die sozialen Anliegen der Bewegung bleiben außen vor. Kein Hinweis beispielsweise auf den großen britischen Bergarbeiterstreik zur gleichen Zeit, kein Hinweis auf die Solidaritätsstreiks im Süden Irlands aus Protest gegen das Vorgehen des britischen Militärs am 30. Januar, kein Hinweis auf die Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen von katholischen und protestantischen ArbeiterInnen.

Trotz aller inhaltlicher Defizite ist „Bloody Sunday“ ein Spielfilm, dem es mit Hilfe von unprätentiös eingesetzter Handkamera, raschen Reißschwenks, rasanter Schnitttechnik und regelmäßig wiederkehrenden Schwarzblenden gelingt eine Direktheit zu erzeugen, wie es selten nur ein Dokumentarfilm vermag. In der Republik Irland fand der Film für das Kino keinen Verleiher, im Norden lief er lediglich in zwei Mainstream-Häusern.

Bären-Gewinner „Bloody Sunday“

Heimlicher Schwerpunkt „Wirklichkeit“

Die Entdeckung des Festivals war „Der Glanz von Berlin“ über Leben und Arbeit von drei Putzfrauen. Ein Dokumentarfilm, der aufregender und anrührender ist, als die meisten Spielfilme. Nicht zu Unrecht nannte die FAZ *„die ‘Wirklichkeit’ das heimliche Rahmenthema dieser Berlinale“ (15.2.02). „Offenbar nimmt das Misstrauen gegen die Perfektion der herkömmlichen Methoden, eine Geschichte zu erzählen, zu.“* Der Einsatz der Digitalvideo-Kamera ermöglicht größere Unabhängigkeit von Studios und Produktionsfirmen.

Ein Schwerpunkt wurde auf der Berlinale auch dem Chinesischen Film gewidmet. In Beiträgen wie „Tiexi-Bezirk“, in dem der Regisseur Wang Bing ArbeiterInnen eines von Firmenschließungen bedrohten Industriegebietes über zwei Jahre begleitete, konnten Filme an der Zensur vorbei realisiert werden. Filme, die das Schicksal von Wanderarbeitern, Obdachlosen oder Aids-Kranken zeigen, Schicksale, von denen die offizielle chinesische Öffentlichkeit nichts wissen will.

Improvisation

Von der Improvisation lebte der Preisträger des Silbernen Bären „Halbe Treppe“, in dem die Beziehungen zweier Ehepaare in Frankfurt an der Oder aus den Fugen geraten. Erfrischend ist der Film, weil endlich einmal nicht Manager oder Abteilungsleiter im Mittelpunkt stehen, sondern eine Drogerie-Verkäuferin oder ein Imbissbudenbesitzer, der schon mal gerne ein Dutzend Eisbeine für seine Kundschaft zu Hause in der eigenen Badewanne zwischenlagert. Überraschend erzählt ist der Film von Andreas Dresen , weil „Halbe Treppe“ keine Großproduktion ist, sondern entstand, in dem sich vier Schauspieler und eine siebenköpfige Filmcrew bei einem Einheitslohn drei Monate zusammengetan hatten.

Herausforderungen an die Filmkunst

Noch bleibt das Filmschaffen weit hinter dem Gang der politischen Ereignisse zurück. Noch ist die Filmkunst stark davon entfernt, neuen Fragen neue künstlerische Ausdrucksformen zu geben. Die Berlinale hat einmal mehr deutlich gemacht, dass heute nur selten gelingt, was der Funktion entspricht, die der (Film-)Kunst zukommt: ein tieferes Verständnis allen gesellschaftlichen Lebens zu erreichen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, dürfen Filmschaffende nicht die Augen verschließen vor den heutigen sozialen Konflikten. Sie werden nicht umhin kommen, eine historische Perspektive entwickeln zu müssen. Das was der französische Surrealist Andre Breton (der mit dem russischen Revolutionär Leo Trotzki ein Manifest über die Anforderungen an die Kunst der Moderne verfasste) 1935 für die Literatur forderte, muss heute auch dem Film Verpflichtung sein: *„Literatur kann nicht nur nicht außerhalb der Geschichte der Gesellschaft und der Geschichte der Literatur studiert werden; sie kann, in jeder Epoche, ebenso wenig geschrieben werden, ohne dass der Schriftsteller zwei sehr unterschiedliche konkrete Fakten zusammenbringt: die Geschichte der Gesellschaft bis heute, und die Geschichte der Literatur bis heute.“* ■

Weitere Berichte über die Berlinale unter www.sav-online.de

Ausweitung des Terrors durch „Krieg gegen den Terror“

Irak als nächstes Ziel?

Mit seinen Worten über die „Achse des Bösen“ hat US-Präsident George Bush deutlich gemacht, dass er auf eine Ausweitung kriegerischer Aktionen setzt, um die Interessen der US-Konzerne international durchzusetzen. Von den angesprochenen Ländern – Irak, Iran und Nord-Korea – drohte Bush vor allem Bagdad mit einer militärischen Intervention.

Von Stephan Kimmerle, Stuttgart

“Die Geschichte hat uns eine einmalige Möglichkeit gegeben, die Freiheit zu verteidigen. Wir werden sie nutzen“, so Bush. Die einmalige Gelegenheit besteht für ihn darin, dass der schnelle Zusammenbruch des Taliban-Regimes in Afghanistan die offensiven Kriegstreiber innerhalb der US-Administration stärkte. Er führte dazu, das Prestige des US-Imperialismus nach den Anschlägen vom 11. September wieder herzustellen. Der schnelle Sieg der US-Truppen sollte auch der restlichen ex-kolonialen Welt verdeutlichen, welche Macht die USA mit ihren Verbündeten aufbringen würden, um ihre Interessen durchzusetzen.

Das neue Selbstbewusstsein der Herrschenden der USA wurde auch bei der Aufkündigung des ABM-Vertrages zur Rüstungsbegrenzung (von 1972) und der weiteren Aufblähung des Rüstungshaushalts deutlich. Militärische Beteiligungen auf den Philippinen, Unterstützung der äthiopischen Truppen in Somalia und Entsendung von Soldaten in alle Welt verbunden mit den Drohungen gegen den Irak folgten. Senator McCains äußerte auf der Münchener Wehrkundekonferenz: *„Ein Terrorist wohnt in Bagdad.“*

Kein Frieden in Afghanistan

Aber dieses Selbstvertrauen ist auf Sand gebaut: Das Taliban-Regime brach tatsächlich erstaunlich schnell in sich zusammen – unter Kontrolle haben die USA Afghanistan nicht.

Ohne jede soziale Perspektive – einer Aussicht auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung – wird es den US-Herrschenden nicht gelingen, Frieden oder Stabilität in der Region zu schaffen. Tatsächlich zerfällt Afghanistan mehr und mehr in Regionen unter der Kontrolle verschiedener Kriegsfürsten. In den USA wird über eine mögliche Aufstockung der Zahl der Soldaten diskutiert.

Israel/Palästina

Die gesamte Bekämpfung des Terrorismus durch militärische Unterdrückung ist utopisch. Der Imperialismus legte mit Unterdrückung und Ausbeutung sowie der Missachtung nationaler Selbstbestimmung die Grundlagen für die Verzweiflung, die zu Offenheit für Fundamentalismus und Terror führt.

Mit der sich vertiefenden Wirtschaftskrise und des Fehlens eines politischen Auswegs wird die Instabilität weltweit größer:

Dies gilt für die gesamte Region des Nahen Ostens, speziell Israel und Palästina, bis hin zum Konflikt um Kaschmir mit den beteiligten Atommächten Indien und Pakistan.

Eine militärische Intervention der USA im Nahen Osten könnte zu einer weiteren Eskalation führen. Die anti-imperialistische Stimmung bei arabischen Menschen könnte dann überkochen.

Irak

Auch ist zu bezweifeln, dass die militärischen Erfolge der USA in Afghanistan oder zuvor gegenüber Serbien und im Golfkrieg 1991 gegen den Irak einfach zu wiederholen wären: Bei diesen Kriegen reichten den US-Militärs Luftangriffe. In Afghanistan setzen sie auf die Hilfstruppen der Nord-Allianz. 1991 stoppten sie ihren Krieg gegenüber dem Irak außerhalb der irakischen Gebiete, da sie dort einen Krieg nicht für gewinnbar hielten. Husseins Truppen stellen immer noch eine ernsthafte Kraft dar, allein die Republikanische Garde verfügt über 100.000 gut ausgerüstete Soldaten.

Und selbst wenn ein Sturz Saddam Husseins gelingen sollte, könnten die USA vor einer ähnlichen Situation im Irak stehen, wie jetzt in Afghanistan: Wachsende Instabilität durch ein Auseinderbrechen des Staates.

Konflikt zwischen USA und Europa

Die Kritik der europäischen „Verbündeten“ macht deutlich, dass die europäischen Herrschenden dabei andere Ziele verfolgen. Bei härter werdendem internationalem Wettbewerb wird auch der Ton zwischen den verschiedenen imperialistischen Mächten rauer. Das hat nichts damit zu tun, dass die europäischen Herrschenden „friedlicher“ wären.

Die USA versuchen zur Zeit, die Gunst der Stunde zu nutzen – längerfristige Konzepte existieren dafür nicht. Es geht darum, kurzfristig die bestmöglichen Machtverhältnisse und damit Profitmöglichkeiten zu schaffen – auch mit Terror und Krieg.

Dafür ist US-Präsident Bush dann einer derjenigen, die dieses Jahr für den Friedens-Nobelpreis nominiert wurden. ■

Deutsche Soldaten in Afghanistan

Afghanistan

Bundesregierung, Bundeswehr und Business as usual

„'Wenn wir uns denn schon so stark militärisch engagieren', zählte Mosdorf auf dem gemeinsamen Rückflug mit Scharping eins und eins zusammen, 'dann ist es doch klar, dass wir nicht nur die Rücklichter von anderen Wirtschaftsdelegationen sehen wollen'“ (Frankfurter Rundschau vom 14.2.2002). Die Entabuisierung des Militärischen findet längst statt. Mosdorf, Staatssekretär beim Wirtschaftsministerium, hat in seiner Äußerung am dritten Tag eines Besuches gemeinsam mit einer Wirtschaftsdelegation im afghanischen Kabul Klartext gesprochen.

NATO-Tagung

Demonstrationsrecht? Fehlanzeige!

Die Grenzen zu Frankreich und Italien waren abgeschottet. Busse wurden auf der Autobahn abgefangen. Potenzielle DemonstrantInnen wurden fest- oder in Gewahrsam genommen.

Insgesamt 800 Menschen verbrachten wegen einer Ordnungswidrigkeit bis zu 20 Stunden in Gefängniszellen. Das Münchner Gewerkschaftshaus wurde zum ersten Mal seit dem 5. März 1933 eingekesselt und von der Polizei belagert. Menschen, die trotz der Aufhebung der Grundrechte auf Demonstrationsfreiheit und freie Meinungsäußerung demonstrierten, mussten sich maßlose Gewalt der Polizei gefallen lassen.

All dies passierte in München, während sich die Kriegselite zur Sicherheitskonferenz der NATO am ersten und zweiten Februar in München traf. Der Vertreter des US-amerikanischen Kriegsministeriums, Wolfowitz, nannte die „Achse des Bösen“ als nächste Angriffsziele im Krieg gegen den Terror. Dabei handelt es sich um Nordkorea, Iran und vor allem den Irak. Der deutsche Kriegsminister Rudolf Scharping forderte ein Mindestbudget für Militärausgaben in Europa, nachdem die amerikanischen Vertreter sich beschwert hatten, Europa gäbe zu wenig Geld für Rüstung aus.

Gegen diese wohlorganisierte Vorbereitung von Angriffskriegen und die Militarisierung der Außenpolitik wurde trotz aller Repressionen von über 10.000 DemonstrantInnen protestiert. Sie machten die Verbindung zwischen Krieg und Profitinteressen der Banken und Konzerne deutlich und forderten die internationale Solidarität aller Unterdrückten weltweit. Die Aktionen in München stehen in einer Reihe mit Protesten gegen die kapitalistische Globalisierung von Seattle bis Genua und Brüssel.

Eckhard Geitz, Kassel

Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik

Das Geschäft mit dem Krieg

Die Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik, die parallel zur Nato-Tagung abgehalten wurde, findet seit 1962 (damals noch unter dem Namen „Wehrkundetagung“) statt und beweist einmal mehr die Verflechtungen von Politik und Wirtschaft.

Organisiert wird diese Konferenz von der Herbert Quandt Stiftung, diese ist Hauptanteilseigner von BMW. Eingeladen zu diesem Diskussionsforum sind Politiker und hochrangige Militärs (aus Ländern wie China, Georgien, Pakistan oder der Türkei), sowie der Wirtschaft (zum

Beispiel von EADS, dem größten europäischen Rüstungskonzern oder Krauss-Maffei-Wegmann, die Panzer und Artillerie bauen).

Der Organisator Horst Teltschik war jahrelang Bürochef von Helmut Kohl. Jetzt ist er Vorsitzender der Herbert Quandt Stiftung, sowie Beauftragter des BMW-Vorstandes für Asien und Osteuropa und damit zuständig für die Geschäfte der BMW-Tochter Rolls-Royce. Rolls-Royce verkauft keine Autos, wie man vielleicht denkt, sondern ist, wie sie es auf ihrer web-site selbst bezeichnen, *„ein globaler Hersteller von Antrieben für den Einsatz zu Land, zu Wasser und in der Luft. Das Unternehmen ist führend in vielen Märkten der Luftfahrt sowie der Wehr- und Energietechnik.“*. Rolls-Royce ist an der Entwicklung des Eurofighters oder des amerikanischen Joint-Strike-Fighters beteiligt und beliefert nach eigenen Angaben 160 Armeen auf der ganzen Welt.

Es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, dass auf solch einer Konferenz so mancher Waffenhandel abgeschlossen oder eingefädelt wird. ■

Ihr da oben ...

Reichtum hat Namen

Die 100 reichsten Deutschen haben ein Vermögen von 250 Milliarden Euro. Das ist mehr als der Ansatz für den Bundeshaushalt 2002.

Angeführt wird die Bonzenliste von Aldi-Chef Theo Albrecht. Er ist der reichste Deutsche und hat ein Vermögen von sage und schreibe 14,6 Milliarden Euro. (Süddeutsche Zeitung vom 22.2.02)

Berliner Banken-Schwindel

Wie aus einem vertraulichen Gesetzentwurf des Berliner SPD-PDS-Senats hervorgeht, soll das Land Berlin für alle Risiken der durch Vetternwirtschaft und Spekulation heruntergewirtschafteten Bankgesellschaft Berlin gerade stehen, und zwar in einer Höhe von 35,34 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Der jährliche Haushaltsetat des Landes Berlin beträgt gerade mal 20 Milliarden Euro. Das Landesparlament soll nun einen entsprechenden Vertrag ratifizieren, ohne ihn überhaupt richtig zu kennen. Laut Spiegel bekommen *„die Parlamentarier (...) das Papier nicht ausgehändigt. Sie können es auf Wunsch nur einsehen – allerdings ohne die Anlagen, in denen die Risiken aufgelistet sind.“*

Dabei deckt die Summe von 35,34 Milliarden Euro, laut Gesetzentwurf die *„Obergrenze der Verpflichtungen des Landes“*, nicht nur die Verluste der Vergangenheit, sondern auch eventuelle zukünftige Verluste. Die Manager der Bankgesellschaft können also wie gehabt weitermachen. Als Sahnehäubchen können sie die bereits im vergangenen Jahr zur Risikoabdeckung bewilligten 1,41 Milliarden Euro behalten. Mit dem geschenkten Geld soll noch ein *„Bilanzgewinn im Geschäftsjahr 2001“* rausspringen. Gut für die an den Immobilienfonds der Bankgesellschaft beteiligten Spekulanten. Schlecht für die Beschäftigten und BürgerInnen in Berlin, die der „rosa-rote“ Senat durch Sozialkürzungen, Personalabbau, Lohnverzicht und Privatisierungen für die so verursachte Haushaltsmisere bluten lassen will.

PDS sportlich?

In ihrer Broschüre „Die PDS im Bundestag“ fordert die PDS:

„Fit durch Sport: Ob Fußball, Speerwurf, Laufen oder Tischtennis – sportliche Betätigung ist wichtig. Das gilt nicht nur für den Erhalt der Gesundheit, sondern auch für das Selbstbewusstsein und den Gemeinschaftssinn von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Doch der Sport ächzt unter erheblichen finanziellen Engpässen.

Deshalb fordert die PDS, die Förderung des Sports als Staatsziel in der Verfassung und als Pflichtaufgabe der Länder und Kommunen festzuschreiben. Die Sportvereine müssen Sporteinrichtungen kostenlos nutzen dürfen.“ (Aus: Von A bis Z – PDS im Bundestag, Seite 69)

Der Berliner Senat schließt gerade Schwimmbäder – mit Beteiligung der PDS.

Aber vielleicht steckt dahinter ja ein genialer Plan, zumindest eine PDS-Forderung zu erfüllen: Eines Tages könnten alle öffentlichen Sporteinrichtungen kostenlos genutzt werden – weil es keine mehr gibt.

... wir hier unten

Initiative der Gewerkschaftslinken

Den Druck aus den Betrieben verstärken – Gewerkschaftslinke muss ihn organisieren

Es war der Druck aus den Betrieben, der die IG Metall-Spitze dazu brachte eine Tarifforderung von 6,5 Prozent aufzustellen. Darüber waren sich die knapp 30 Anwesenden beim bundesweiten Treffen des Arbeitskreises Tarifpolitik der Initiative der Gewerkschaftslinken Mitte Februar einig.

Von Ursel Beck, Köln

Eine von KollegInnen erstellte Übersicht der Forderungen aus Betrieben und Delegiertenversammlungen zeigt eindeutig, dass die Basis weit höhere Forderungen stellte. Der Vertrauenskörper von BMW Berlin forderte einen Sockelbetrag von 200 Euro und mindestens 10 Prozent. Die Vertrauensleute bei Opel Bochum verlangten 200 Euro Festgeld. In Bayern beschlossen 19 von 21 Delegiertenversammlungen mehr als 6,5 Prozent. Wären die Forderungen erst im Januar diskutiert und aufgestellt worden, wären sie noch höher ausgefallen, so ein Teilnehmer des Treffens in Frankfurt. Denn die mit der Einführung des Euro verbundenen Preiserhöhungen schmelzten die Löhne weiter ab.

Dass die IGM-Spitze ihren Vorschlag für eine ertragsabhängige Komponente zurückziehen musste und die Bündnis-für-Arbeit-Runde im Januar scheiterte, lag an der radikalisierten Stimmung an der Basis der IG Metall. Viele KollegInnen wollen endlich mal wieder auf den Putz hauen und die Tarifrunde dafür nutzen. Wolfgang Schaumberg von Opel Bochum berichtete, dass es die Stimmung gibt, es müsste mal krachen.

Aber die Kollegen wüssten auch dass, dieser Krach nicht von oben in der IG Metall kommt. Ein Kollege von Alcatel/SEL berichtete, dass die Rezession anfängt die Situation zu verkomplizieren und bereits Spuren in den Köpfen hinterlässt. Das heißt nicht, dass die Kampfbereitschaft sinkt. Aber offensichtlich stellt sich für Belegschaften, die von Entlassungen bedroht sind die Frage, wie der Kampf für höhere Löhne mit dem Kampf für die Verteidigung der Arbeitsplätze verbunden werden kann. Wenn diese Frage von Seiten der Gewerkschaftslinken nicht beantwortet wird, werden passivere Teile der Arbeiterklasse dem Druck der Unternehmer ausgeliefert.

Das jüngste Einknicken der IGM in Sachen Kombi-Lohn, sprich Ausweitung des Niedriglohnsektors ist ein erneutes Anzeichen dafür, dass die Gewerkschaftsspitze sich zum Handlanger der Unternehmer macht, wenn es darum geht die Krise des Kapitalismus auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen. Aufgrund der negativen Erfahrungen mit der letzten Tarifrunde und der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung um Volumen und Struktur der Forderung für die diesjährige Tarifrunde ist den AktivistInnen in den Betrieben klar, dass sie sich nicht auf die Führung verlassen können und sich die Basis aktiv einschalten muss. Kämpferische KollegInnen, Vertrauensleute und Betriebsräte stehen deshalb vor einer großen Herausforderung. Die Gewerkschaftslinke hat die Verantwortung, organisierendes Zentrum einer Tarifbewegung von unten zu sein. Zu Beginn der Tarifrunde könnten folgende Punkte einer Kampagne in den Vordergrund gestellt werden: Volle Durchsetzung der 6,5 Prozent, Urabstimmung und Vollstreik, keine Unterschrift unter einen Abschluss ohne mehrheitliche Zustimmung durch Urabstimmung.

Die Gewerkschaftslinke war zweifellos ein Faktor in der bisherigen Tarifrunde. Nägel mit Köpfen müssen aber erst noch gemacht werden. ■

Das nächste Treffen der Gewerkschaftslinken zur Tarifrunde findet am 6. April in Frankfurt statt. Nähere Infos unter Heinz-Günter Lang, ✆ 06257/1468, hagelang@gmx.de

Von Nix kommt Nix

„Aufgrund all unserer Erfahrungen in den letzten Jahren befürchten wir, insbesondere wegen dem aktuellen Krisengejammer und Rücksicht auf die bevorstehenden Schröderwahlen: Trillerpfeife in den Mund, Mütze auf, halbe Stunde Warnstreik und fertig ist die hochgerechnete 3 vor dem Komma. Wer das durchbrechen will, muss sich einsetzen für Urabstimmung und Vollstreik: Von Nix kommt Nix!"

Gruppe Gegenwehr ohne Grenzen bei Opel Bochum

Das SAV-Programm zur Tarifrunde

- **Die beschlossenen Forderungen können nur das Minimum sein, was an Lohnerhöhungen durchgesetzt wird. Angemessen wären 250 Euro Festgeld für alle, 30-Stunden-Woche, Herabsetzung des Rentenalters auf 58 Jahre bei voller Rente und volle tarifliche Gleichstellung der Ost-KollegInnen**
- **Abschaffung aller Unterschiede von ArbeiterInnen und Angestellten beim Entgeltrahmen (ERA) durch Angleichung nach oben ohne Anrechnung auf Lohnprozente. Keine ertragsabhängige Komponenten. Keine Zugeständnisse bei Arbeitszeitregelungen, Weihnachtsgeld oder sonstigen tariflichen Errungenschaften. Rücknahme von Arbeitszeitkonten, Flexibilisierungen und Überstunden**
- **Nein zu schlechteren Branchen- oder Haustarifverträgen. Keine Öffnungsklauseln. Laufzeit des Tarifvertrags von 12 Monaten**
- **Gewerkschaften raus aus dem „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit"**
- **Rücknahme der Verschlechterungen des Paragrafen 116 AFG (Aussperrungsparagraf)**
- **Urabstimmung und Vorbereitung eines Vollstreiks mit dem Ziel der vollen Durchsetzung der Tarifforderungen**
- **Gemeinsamer Kampf aller Gewerkschaften. Vorziehen der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes und aller anderen Tarifrunden mit längeren Laufzeiten**
- **Regelmäßige Vertrauensleute-, Mitglieder- beziehungsweise Betriebsversammlungen zur Information über den Stand der Tarifrunde und demokratische Entscheidung über Kampfmaßnahmen**
- **Kein Tarifabschluss ohne mehrheitliche Zustimmung per Urabstimmung**
- **Wähl- und Abwählbarkeit aller FunktionärInnen und jederzeitige Rechenschaftspflicht gegenüber der Basis**
- **Schluss mit Privilegien und hohen Gehältern für FunktionärInnen. Kein Gewerkschaftsvertreter darf mehr verdienen als den durchschnittlichen Lohn der Gewerkschaftsmitglieder**
- **Organisiertes Eingreifen der Gewerkschaftslinken in die Tarifrunde und Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition als politische und personelle Alternative zur heutigen abgehobenen Gewerkschaftsführung**

Was wir im Gesundheitswesen brauchen

Planung nach Bedarf statt Konkurrenz wegen Profit

Der ver.di-Bezirk Stuttgart/Ludwigsburg wird seit seiner Gründung von Linken geführt. Bereits im Frühjahr 2000 war in einer Kampfabstimmung der als Linker bekannte frühere Gesamtpersonalratsvorsitzende der Stadt Stuttgart und jetziger Gesamtpersonalratsvorsitzender Klinikum Stuttgart und ver.di-Bezirksvorsitzender Thomas Böhm zum Vorsitzenden der ÖTV Stuttgart/Böblingen gewählt worden. Die positiv veränderte Politik dieser linken bezirklichen Führung schlägt sich auch in der Mitgliederentwicklung nieder. „3.000 Mitglieder konnten im letzten Jahr für ver.di Stuttgart geworben werden. Das ist für den Anfang gar nicht schlecht und unsere Mitgliederentwicklung ist weitaus besser als im Bundesdurchschnitt" meldet die ver.di-Geschäftsführung im FunktionärInnenbrief vom Februar 2002.

Von Dieter Janssen, Personalratsvorsitzender Bürgerhospital und Mitglied im Gesamtpersonalrat Klinikum Stuttgart*

Das Gesundheitswesen wird nicht über „Runde Tische" (an denen sich ver.di-Vorsitzender Bsirske beteiligt) verteidigt, sondern nur über Mobilisierungs- und Kampfmaßnahmen, wie sie die Gewerkschaftslinke fordert

Die große Beteiligung bei der Kampagne gegen die Gesundheitsreform zeigt, wie die Mitglieder auch wieder Vertrauen in die Gewerkschaft gewinnen und aktiviert werden können. Dazu tragen auch schnelle Reaktionen wie beim Krieg gegen Afghanistan bei, wo eine eindeutige Ablehnung beschlossen und veröffentlicht sowie zu Demos gegen den Krieg aufgerufen wurde.

Große Bereitschaft für Aktivität

Auch gegen die von Arbeitgebern und Teilen der rot-grünen Regierung angekündigten Verschlechterungen im Gesundheitswesen wurde sehr frühzeitig im Sommer 2001 beschlossen eine Kampagne zu organisieren. Im Herbst traf sich dann zum erstenmal eine Projektgruppe für die Kampagne. Über 50 TeilnehmerInnen und weitere 35, die an der Kampagne teilnehmen wollten, zeigten welch große Bereitschaft es gibt hier aktiv zu werden. Seither hat sich die Projektgruppe mehrmals getroffen, zu verschiedenen Themen und Teilen der Kampagne wurden zusätzlich Arbeitsgruppen gebildet. Nachdem bereits in allen 5 Ortsvereinen des Bezirks gutbesuchte Veranstaltungen zum Thema stattgefunden haben, fand nun am 2. Februar die erste Höhepunktveranstaltung unter dem Motto „Gesundheit für alle – nicht nur für Reiche" statt, zu der fast 700 Teilnehmer aus ver.di, IG Metall und DGB mobilisiert werden konnten.

Was sind die Perspektiven für das Wahljahr?

Bei den Veranstaltungen und Projektgruppensitzungen spielt die Frage, was wir von Regierung und Arbeitgebern zu erwarten haben, eine große Rolle. Bisher gingen wir davon aus, dass die Verschlechterungen in Form der „Gesundheitsreform" entlang der BDA-Forderungen Aufspaltung der Krankenkassenleistungen in Grund- und Wahlleistung bei zusätzlicher individueller privater Absicherung und Festschreiben des Arbeitsgeberanteils am Krankenkassenbeitrag und damit automatischer stetiger Erhöhung unseres Anteils kommen würden. Inzwischen sieht es so aus, als ob die SPD erst mal darauf setzt bei weiterhin gedeckeltem Globalbudget den Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Anbietern von „Gesundheitsleistungen" im Gesundheitswesen weiter anzukurbeln. Dies könnte zum Beispiel dadurch geschehen, dass die Macht der Krankenkassen ausgeweitet wird, indem die Kassen sowohl im stationären wie im ambulanten Bereich (oder auch nur im ambulanten Bereich) Verträge mit Anbietern (Krankenhäusern oder niedergelassenen Ärzten) zur Behandlung der bei ihnen Versicherten nach ihrer Wahl abschließen und der Zwang zum Vertragsabschluss, wie er heute noch besteht, aufgehoben wird. Gleichzeitig könnte die SPD behaupten, dass dieser Wettbewerb das beste Mittel sei, um die Qualität zu erhöhen und die Kosten zu senken, da „schlechte" und „teure" Ärzte oder Krankenhäuser dann eben vom Markt ausgesiebt werden würden.

Dieses Vorgehen hätte aus Sicht der Herrschenden den Vorteil, dass bis zur Wahl die Angriffe auf die Prinzipien „Parität" und „Solidarität" bei der Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung nicht im Vordergrund stünden. Gleichzeitig würden bis nach der Wahl die Versorgungs- und Finanzierungsprobleme auch durch verschärften Konkurrenzkampf zunehmen, so dass dann ein Angriff umso härter werden würde. Die SPD hätte damit nur einen anderen und vielleicht (aus Sicht der Herrschenden) auch schlaueren Plan gewählt, um die Arbeitgeberforderungen durchzusetzen.

Rolle des Marktes

Ein Teil der aktiven Gewerkschaftsmitglieder hat daraus bereits die Schlussfolgerung gezogen, dass es bei der Kampagne deshalb vor allem darum gehen muss, zu erklären wie der Markt und die Konkurrenz unter den verschiedenen Einrichtungen des Gesundheitswesens zu Lasten der Versicherten, der Beschäftigten und der Patienten geht. Dies führt zu erheblichen Diskussionen und Auseinandersetzungen um die Frage „Welche Rolle spielt der Markt im Gesundheitswesen?" und wie stehen Gewerkschafter dazu. Ein erster Erfolg der Kampagne ist, dass die Veranstaltung am 2. Februar gemeinsam mit IGM Stuttgart und DGB Region Stuttgart durchgeführt wurde. Ein weiterer Erfolg, dass sich auch der DGB-Landesbezirk an der Unterschriftenaktion gegen die „Gesundheitsreform" beteiligt, die am 2. Februar gestartet wurde. Allerdings verschärft dies auch die Auseinandersetzung um die Frage nach der Rolle des Marktes.

Gewerkschaften als Kanzlerwahlverein?

Eine bisher ausführlich diskutierte Position im ver.di-Bezirk Stuttgart/Ludwigsburg ist, dass Maßnahmen begrüßt und gefordert werden, die den Einfluss des Marktes zurückdrängen. Es hat sich gezeigt, dass der DGB-Landesbezirk diese Haltung in einer Unterschriftenaktion nicht mitträgt. Eine Unterschriftenliste, die jedoch lediglich „Parität" und „Solidarität" und weitere allgemeine Forderungen enthält, könnte sich in Wahlkampfzeiten (insbesondere angesichts eines Kanzlerkandidaten Stoiber) schnell in eine Unterschriftenaktion zur Unterstützung der Schröder-Regierung ummünzen lassen, womit die Gewerkschaften sich erneut zum Kanzlerwahlverein für Schröder degradieren ließen.

Auch Horst Schmitthenner vom Bundesvorstand der IG Metall geriet als erster Redner auf der Veranstaltung am 2. Februar gleich in dieses Fahrwasser, als er sein Referat zur Gesundheitsreform damit eröffnete, vor Stoiber zu warnen. Im übrigen deutet auch die Tatsache, dass Gesundheitsministerin Ulla Schmidt

Nach dem Rentensystem plant Helmut Schröder jetzt das Gesundheitswesen im Interesse der Profitgeier umzukrempeln

Anfang Februar einen „Runden Tisch" zum Gesundheitswesen eingerichtet hat, an dem sich auch ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske beteiligt und bei dem ein „breiter Konsens" gefunden werden soll, darauf hin, dass die Schröder-Regierung nichts unversucht lassen wird, die Gewerkschaftsführungen auch beim Thema Gesundheit so weit wie möglich an die Kandarre zu nehmen. Wir dürfen uns deshalb in der Kampagne gegen die Gesundheitsreform nicht darauf verlassen, was von oben kommt, sondern müssen von unten her die Mobilisierungsfähigkeit erreichen. ■

*Angaben dienen nur zur Kenntlichmachung der Person

Bundesweite Aktionskonferenz am 20. April in Heidelberg

Der Koordinierungskreis von ATTAC, die ATTAC-Kampagne Soziale Sicherungssysteme, die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken und andere rufen zu einer breiten gemeinsamen Kampagne gegen Privatisierungen im Gesundheitswesen auf. Anmeldung und nähere Infos unter ATTAC Heidelberg, *R.Suess@t-online.de, Tel. 06201/31267*

Solidaritätskampagne

Hexenjagd gegen kämpferischen Personalratsvorsitzenden

Seit anderthalb Jahren versucht die Geschäftsführung des Studentenwerks Aachen vergeblich, Manfred Engelhardt loszuwerden. Engelhardt organisiert seit Jahren mit den KollegInnen in Aachen und auch bundesweit konsequent den Widerstand gegen die Privatisierung der Studentenwerke, gegen Arbeitsplatzabbau und Flexibilisierung. Damit ist er immer ein Dorn im Auge der NRW-Landesregierung und der Geschäftsführung gewesen. In den letzten 16 Monaten musste er drei Kündigungsverfahren, ein Ausschlussverfahren aus dem Personalrat und mehrere Abmahnungsverfahren durchstehen. Auch andere Personalratsmitglieder wurden durch Abmahnungen und Versetzungen massiv unter Druck gesetzt.

Durch die Solidarität der KollegInnen und StudentInnen in Aachen und vieler anderer KollegInnen aus ganz Deutschland und aus dem Ausland ist die Geschäftsführung bisher mit ihren Schikanen nicht durchgekommen. Bei allen Prozessterminen beteiligten sich mindestens 30-50 KollegInnen, GewerkschaftsaktivistInnen oder ATTAC-Mitglieder an Protestaktionen vor dem Gerichtsgebäude und verfolgten anschließend im Gerichtssaal die Prozesse.

Mit dem Sieg in der ersten Instanz war leider die Verfolgung nicht beendet. Die Geschäftsführung ist in allen Fällen in die Revision gegangen. Nun stehen am 15.März ab 10.15 Uhr – 230 km von zu Hause weg – 4 Prozesse vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster ins Haus. Es geht ums Ganze an diesem Tag! Geht nur eines der vier Verfahren verloren, dann ist Engelhardt raus aus dem Studentenwerk. Dies wäre nicht nur für ihn und seine KollegInnen eine Niederlage, sondern für alle die gegen Privatisierung und Arbeitsplatzabbau kämpfen. Unterstützt bitte deshalb die Protestaktion vor dem Oberverwaltungsgericht und nehmt an den Prozess teil. Die Unterstützung ist um so wichtiger, da in den meisten NRW-Studentenwerken an dem Tag Urlaubssperre erlassen wurde, damit kein Kollege Engelhardt begleiten kann.

Protestkundgebung

15. März um **9.30 Uhr**
OVG Münster, Aegidikirchplatz 5

Widerstand kostet Geld

Das Solidaritätskomitee gegen die Arbeitgeberwillkür organisiert von Aachen aus eine Zugfahrt (Abfahrt um 6.50 Uhr am Hbf) nach Münster. Für die Fahrtkosten und für die Arbeit benötigt das Solikomitee dringend finanzielle Unterstützung. Bitte spendet auf das Konto 16157463, Sparkasse Aachen, BLZ 390 500 00. ■

JUGEND SEITE

Die PISA–Studie

Doof geboren wird niemand, doof wird man gemacht

Seit der Veröffentlichung der PISA-Studie im letzten Dezember ist Bildung wieder in aller Munde. Politiker und Unternehmer machen einen hektischen Vorschlag nach dem anderen. Mehr als heiße Luft ist bisher noch nicht herausgekommen. Doch wer hofft, dass die Studie zu einer realen Verbesserung an Schulen führen könnte und nach den miserablen Ergebnissen nun endlich mehr Gelder für Bildung bereitgestellt würden, wird wohl enttäuscht werden. Denn wenn es nach der Wirtschaft geht, ist die PISA-Studie der beste Beweis für die Privatisierung von Bildung und mehr Elite.

Von Doreen Ullrich, Berlin

Die von der OECD in Auftrag gegebene PISA-Studie testete international 180.000 15jährige SchülerInnen aus 32 Ländern. Darunter 5.073 SchülerInnen aus 219 Schulen in Deutschland. Getestet wurden drei Bereiche. Zum einen die Lesekompetenz und außerdem die mathematischen und naturwissenschaftlichen Grundkenntnisse. Eingestuft wurden die Ergebnisse in verschiedene Kompetenzstufen von 1 (Elementarstufe, das heißt Grundschulniveau) bis 5 (Expertenstufe).

Die Leistungen von deutschen SchülerInnen sind gerade mal unteres Mittelmaß. So erreichten in der Lesekompetenz 37,6 Prozent der 15jährigen gerade mal die Kompetenzstufe 1 oder lagen sogar darunter. Im mathematischen Bereich liegt diese Zahl bei 24 Prozent. Das dreigliedrige Schulsystem und die im internationalen Vergleich frühe Einteilung in Haupt- und Realschule sowie Gymnasium fördert also nicht die starken SchülerInnen und hilft den Schwachen. Im Gegenteil, die frühe Selektion führt zu schlechteren Leistungen.

Soziale Herkunft entscheidend

Und noch was konnte die PISA-Studie nicht verbergen: In kaum einem der anderen Ländern ist die soziale Herkunft so entscheidend für das Maß an Bildung wie in Deutschland. Nur 10 Prozent der Kinder aus einfachen Arbeiterfamilien besuchen das Gymnasium, mehr als 40 Prozent allerdings die Hauptschule. Der Geldbeutel entscheidet über Bildungsstand und die Zukunft.

Kinder aus Immigrantenfamilien gehören zu den Verlierern des Bildungssystems. Der Großteil von ihnen besucht die Hauptschule, nur eine Minderheit das Gymnasium. Die größte Hürde für sie sind Sprachschwierigkeiten. Fehlende Sprachkurse verhindern einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung. Ein weiterer Punkt ist die überdurchschnittliche Armut in diesen Familien.

Alles gar nicht neu

Zu wundern brauchen sich die Politiker über diese Ergebnisse nicht. PISA hat nur das zusammengefasst, was vielen SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern schon bekannt war. Sturer Frontalunterricht, Bücher, in denen der Ostblock noch existiert, Klassen mit über 30 SchülerInnen und ständige Erhöhung der Stundenanzahl für LehrerInnen prägen den Alltag an den Schulen. Effektives und auf die Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen abgestimmtes Lernen ist da nicht möglich. Rechtzeitig die Schwächen der SchülerInnen zu erkennen, ist für die LehrerInnen so gut wie unmöglich. Schule gleicht heute eher einer Massenanstalt. Immer wieder wurde in den letzten Jahren der Rotstift beim Bildungsetat angesetzt (siehe Kasten). Die öffentlichen Ausgaben für Bildung betrugen 1998 nur 4,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Das ist weniger als zum Beispiel in Portugal, Polen oder Italien.

Elitebildung und Privatisierung

Die Konsequenzen aus PISA sind für die Wirtschaftbosse recht einfach: Arbeitgeberpräsident Hundt forderte als Antwort auf die Studie, statt *„Kuschelpädagogik der siebziger und achtziger“* und angeblicher *„Unterforderung“* der SchülerInnen-Leistung Bekennen zur Elite, mehr Tests für SchülerInnen und leistungsbezogenes Gehalt für LehrerInnen.

Eine andere Folgerung der Herrschenden aus der PISA–Studie ist die Privatisierung von Bildung: wenn der Staat nicht die Eliten schafft, welche die Unternehmen brauchen, muss das eben privat geschehen.

Ein Beispiel ist die International University Bremen (IUB), die vor kurzem eröffnet wurde. 141 StudentInnen lernen derzeit an der Privatuni unter besten Voraussetzungen. Dafür bezahlen sie 15.000 Euro jährlich an Studiengebühren, hinzu kommen 400 Euro für Verpflegung und Unterbringung. Die Stadt Bremen gab eine kräftige Finanzspritze zur Eröffnung dazu, mehr als 100 Millionen Euro wurden aus dem Wirtschaftshaushalt bereit gestellt. Geld, was an öffentlichen Schulen und Unis fehlt.

Allianz, Thyssen-Krupp, Eon und DaimlerChrysler wollen eine ähnliche Eliteschule in Berlin eröffnen. Die „European School for Management & Technology“ soll Spitzenmanager und zukünftige Vorstandschefs heranzüchten, natürlich auch zu hohem Entgelt.

Für eine andere Bildungspolitik

Doch was wir brauchen ist nicht mehr Druck auf SchülerInnen und LehrerInnen, wir brauchen keine weitere Elitebildung und Privatisierung des Schulsystems. Was wir brauchen ist ein vollkommen anderes Bildungswesen. Als ersten Schritt dazu müssen mehr LehrerInnen eingestellt werden. Um den Bedarf der kommenden Jahre zu decken und die Klassengrößen zu verringern ist die Einstellung von 25.000 LehrerInnen jährlich notwendig. Außerdem fordern wir eine maximale Klassengröße von 15 SchülerInnen, um individuelle Fähigkeiten zu entdecken und zu fördern.

Statt dem jetzigen dreigliedrigen Schulsystem, das vollkommen auf Konkurrenz ausgerichtet ist, brauchen wir eine integrative Gesamtschule. Nur so kann gewährleistet werden, dass Kinder und Jugendliche sich nach ihren Fähigkeiten entwickeln. Um jedem und jeder die Möglichkeit zu geben sich gleichermaßen bilden zu können, bedarf es eines vollkommen kostenlosen Bildungssystems. Statt ständiger Kürzung des Bildungsetats brauchen wir eine volle und ausreichende Finanzierung von Schulen und Hochschulen durch den Staat.

Dahinter steckt System

Doch die Politiker und Konzerne haben überhaupt gar kein Interesse daran, das alle ein hohes Maß an Bildung bekommen. Was sie wollen ist eine kleine Elite, die zukünftig die Managerposten und Leitungsfunktionen einnehmen. Der große Rest soll sich nur so viel Wissen aneignen, um die Maschinen in den Fabriken bedienen zu können. Deshalb wird es unter kapitalistischen Verhältnissen niemals ein wirkliches Recht auf Bildung für alle geben. Freie und kostenlose Bildung für alle werden wir erst dann sehen, wenn wir Konkurrenz und Profitlogik abschaffen und eine sozialistische Gesellschaft errichten. ■

Geld für Schulbücher drastisch gekürzt

Die öffentlichen Mittel für Schulbücher haben einen Tiefstand von 274 Millionen Euro erreicht. Während 1991 noch 398 Millionen Euro für die Erneuerung der Lernmittel an Schulen ausgegeben wurden, wird heute nur noch die Hälfte oder ein Drittel zur Verfügung gestellt. Im selben Zeitraum ist die Anzahl der SchülerInnen um eine Million auf 12,6 Millionen gestiegen, so der Verband der Bildungsmedien.

Graffiti gegen Nazis von der Hall of Fame des Berliner Mauerparks.
Während Neo-Nazis für ihre Aufmärsche Polizeischutz erhalten, werden gegen Graffiti-KünstlerInnen die Gesetze verschärft und Polizeisonderkommissionen gebildet

Mach mit bei widerstand international!

widerstand international! – gegen die Macht der Banken und Konzerne! ist Teil der internationalen Jugendorganisation International Socialist Resistance (ISR), die am 15. Dezember 2001 in Brüssel aus der Taufe gehoben wurde. In Deutschland existieren bereits in mehr als zehn Städten aktive Gruppen. Wir verstehen uns als Teil der antikapitalistischen Bewegung und haben nach Göteborg, Genua und Brüssel mobilisiert. In Berlin konnte wi! gemeinsam mit anderen zum Beispiel einen Schülerstreik gegen den Krieg in Afghanistan mit 5.000 Leuten organisieren. In Stuttgart organisieren wir derzeit eine Kampagne gegen den Abriss einer Hall of Fame (siehe Artikel).

Wir planen eine Kampagne gegen Privatisierung von Bildung und wollen am 15. März einen internationalen Aktionstag gegen das Treffen der EU-Bildungsminister in Spanien durchführen.

wi! will aber noch mehr. wi! will Diskussionen darum beginnen, wie die internationale antikapitalistische Bewegung weiter aufgebaut werden kann und welche Alternativen es zum kapitalistischen Wahnsinn gibt.

Unterstütz' unsere Kampagne gegen Privatisierung von Bildung!

Mach mit bei widerstand international!

Organisier widerstand und zwar international!

- ✩ *15.März: Internationaler Aktionstag „Bildung ist keine Ware“*
- ✩ *27.-28. April: Bundesweites Treffen in Kassel*

Mehr Infos über Proteste zum Aktionstag und Gruppen in deiner Nähe unter: 030/247 237 90 oder info@widerstandinternational.de

Berlin

Neugründung von wi!

Nachdem widerstand international! in Berlin im Zuge der Anschläge auf das World Trade Center am 11. September die Initiative zu „Schülerinnen und Schüler gegen den Krieg“ ergriffen hatte, haben wir uns nun entschlossen, wieder eine wi!-Gruppe aufzubauen und so fand am 22. Januar die wi!–Neugründung in Berlin statt.

Vor allem über Brüssel und die Gründung von ISR – International Socialist Resistance war es uns gelungen, einige AktivistInnen des Schülerbündnisses für ISR/wi! zu begeistern. Unter dem Motto „Unser Kampf ist international“ fanden sich elf Jugendliche zusammen und diskutierten entlang des wi!-Manifestes, wie der Kapitalismus abgeschafft werden kann, welche Rolle die Arbeiterklasse dabei spielen muss, die Frage von Streiks und vieles mehr.

Auch über Kürzungen und Privatisierungen im Bildungsbereich wurde diskutiert und beschlossen, das nächste wi!–Treffen unter diesem Thema stattfinden zu lassen.

Nelli Tügel

Bremen

Von Bremen nach Sevilla — globalisiert den Widerstand!

Neben interner Festigung wie der Wahl eines örtlichen SprecherInnenrates veranstalteten wir nach der kurzen Winterpause einen Infostand anlässlich des NATO-Sicherheitstreffens in München. Dort stellten wir auf einer Stellwand die Rolle der NATO in den aktuellen kriegerischen Auseinandersetzungen dar.

Hauptsächlich beschäftigten wir uns jedoch mit der Planung der Arbeit bis zum EU-Gipfel in Sevilla im Juni. Geplant ist eine Kampagne gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung vor Ort. Dabei wollen wir aufzeigen, dass die Politik von Privatisierungen, Kürzungen im Jugendbereich aber auch die Flüchtlingspolitik Auswirkungen des globalisierten Kapitalismus ist.

Dazu haben wir zwei Schwerpunkte gewählt. Erstens den internationalen ISR-Aktionstag am 15. März, zweitens einen Aktionstag gegen die „Festung Europa“ und staatlichen Rassismus.

Zu den verschiedenen Themenblöcken sind sowohl inhaltliche Veranstaltungen im Rahmen der wi!-Gruppe geplant, als auch öffentliche Aktionen. Ein Aktionsvorschlag zum Thema Privatisierung von Bildung ist es, ein Tauziehen zwischen SchülerInnen und VertreterInnen der Unternehmen darzustellen. Während die SchülerInnen versuchen, die Gegner über die Mittellinie zu ziehen, wird diese immer wieder verschoben. Verlieren die SchülerInnen, wird die Mittellinie in Richtung der Unternehmen verschoben. Damit soll deutlich werden, dass sich Schule schon jetzt in Richtung Wirtschaftsinteressen bewegt, ohne dass es besonders bemerkt wird. Ein Sieg der SchülerInnen ist nur mit der Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsform (Eroberung des Seils) möglich. Abgeschlossen werden die Kampagnenblöcke jeweils mit einer Demonstration.

Den Abschluss der Kampagne bildet ein Aktionstag in Bremen gegen den EU-Gipfel im Juni.

Mit dem ersten Block richten wir uns gegen die Auswirkungen des GATS-Abkommens, das unter anderem die Privatisierung und Liberalisierung der Bildung erleichtert. Neben der Bildung sind aber auch Jugendeinrichtungen von Privatisierung und Schließung bedroht. Auch in diesem Bereich gibt es in Bremen konkrete Ansätze.

Der zweite Schwerpunkt ist die so genannte „Festung Europa“, die Politik von staatlichem Rassismus. Diese wird vor allem im Zusammenhang mit der Abschiebung von Flüchtlingen deutlich. In Bremen ist zurzeit eine Gruppe von in etwa 400 Menschen konkret von Abschiebung bedroht.

Am Montag, den 18. Februar fand unsere Veranstaltung zur ISR-Gründung statt. Es kamen ungefähr 30 BesucherInnen.

Es liegt eine Menge Arbeit vor uns – packen wir's an!
Smash capitalism – for a socialist world!

Simon Aulepp

Stuttgart

Kein Abriss der Hall of Fame

In Stuttgart organisiert widerstand international! eine Kampagne gegen den Abriss der Hall of Fame (SkaterInnen- und SprayerInnentreffpunkt) und der Freitreppe – einem beliebten Jugendtreffpunkt in der Stuttgarter Innenstadt (siehe VORAN vom Februar 2002).

Am 9. Februar hat wi! als Auftakt der Kampagne eine Aktion in der Innenstadt organisiert. Mit Transparenten, einem Infotisch, Reden und Führungen durch die Hall of Fame haben wir auf unsere Forderung „Kein Abriss ohne besseren Ersatz“ aufmerksam gemacht. Die Resonanz war enorm: in zwei Stunden konnten wir 250 Unterschriften und 90 Euro Spenden sammeln. In nur zwei Wochen haben wir bereits 500 Unterschriften gesammelt und immer wieder kriegen wir Anrufe von Jugendlichen, auch aus dem Umland, die mit uns aktiv werden wollen.

Vor diesem Hintergrund konnte uns auch die Presse nicht mehr ignorieren und das erste Mal seit der Gründung von widerstand international! im letzten März kamen Berichte in beiden großen Stuttgarter Zeitungen und im Regionalradio. Auch die ver.di-Jugend hat bereits Unterstützung zugesagt.

Unser Protest richtet sich aber nicht nur gegen den Abriss, wir protestieren auch gegen die Kriminalisierung nichtkommerzieller Kultur, gegen die Privatisierung von öffentlichem Raum und gegen die Politik der Standortlogik. Stattdessen kämpfen wir für ausreichend Geld für Kultur, Bildung und Soziales.

Der vorläufige Höhepunkt ist unsere „Reclaim the Schlossplatz Party“ am 2. März auf dem Schlossplatz. Außerdem haben wir einen Brief an den Stuttgarter Oberbürgermeister Schuster geschrieben: Gibt es bis zum 2.3. keinen besseren Ersatz werden wir die Unterschriften am 21. März in der Gemeinderatssitzung übergeben, und sollte das alles nichts nutzen, überlegen wir im April einen Alternativplatz unserer Wahl zu besetzen.

Tinette Schnatterer

Konjunkturdelle oder schwe

Wenn sich die Wirtschaft auf Talfahrt befindet, dann ist es mit den Prognosen der bürgerlichen Wirtschaftsexperten immer dasselbe: Zunächst befindet sie sich gar nicht auf Talfahrt, sondern steckt nur in einer „vorübergehenden Wachstumsschwäche". Etwas später handelt es sich dann lediglich um eine „Konjunkturdelle". Und wieder etwas später ist die Rezession im nächsten Halbjahr, allerspätestens aber im nächsten Jahr bestimmt vorbei. Noch nie haben die Wirtschaftsinstitute eine Rezession vorausgesagt, geschweige denn ihre Schwere und Länge auch nur annähernd erkannt. Von Angela Bankert, Köln

Dem breiten Publikum werden die Krisen gern als Folge äußerer Einwirkungen geschildert, die nichts mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung an sich zu tun hätten: Ölpreisschocks, Bombenattentate, politische Unruhen, „falsche" Wirtschaftspolitik etc. Wenngleich dies auch Faktoren sein mögen, die Krisen auslösen und den Verlauf beeinflussen, so sind sie doch nicht die Ursachen.

Die sich jetzt entfaltende Weltwirtschaftskrise hat nichts mit dem 11. September zu tun, sondern war längst vorher unterwegs. Um ihre Tiefe und die Auswirkungen auszuloten, muss man sie in längerfristigen Zusammenhängen betrachten.

Phasenwechsel

Egal wie idyllisch die politischen Verhältnisse, wie „gut" und „ruhig" die Wirtschaftspolitik – der Kapitalismus hat sich aufgrund seiner inneren Widersprüche immer in Konjunkturzyklen bewegt. In den (seltenen) Prosperitätsphasen zeigen dabei über die Zyklen hinweg die grundlegenden Daten wie Investitionsquote, Produktivität, Wirtschaftswachstum, Profitabilität, gesamtgesellschaftlicher Reichtum nach oben, schwächen sich dann ab und weisen in krisenhaften Phasen nach unten.

Ein solcher Phasenwechsel wurde Mitte der 70er Jahre eingeleitet, als der internationale Nachkriegsaufschwung durch eine weltweite Rezession abrupt beendet wurde. Seitdem erleben wir wieder eine krisenhafte Phase des Kapitalismus.

Die Symptome sind unter anderem vergleichsweise niedrige Wachstumsraten, auch im Aufschwung, stetig wachsende Massenarbeitslosigkeit und Staatsverschuldung, die nicht oder nur unwesentlich zurückgeführt werden konnten, Rücknahme sozialer Errungenschaften, Konsum auf Pump, stagnierender oder sinkender Lebensstandard auch in den Industrieländern (vergleiche auch die Schaubilder zu Wachstumsraten und Lohnquoten).

Die krisenhaften Tendenzen ergeben sich aus den inneren Widersprüchen des Kapitalismus, insbesondere aus dem Profit- und Konkurrenzmechanismus, der wiederum Folge des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist. Es geht allein um die höchstmögliche Verwertung des eingesetzten Kapitals in Konkurrenz zu anderen Unternehmen. Die Konkurrenz zwingt zu immer weiterer Steigerung der Produktivität durch Einführung neuer Technologien und Rationalisierung. Dadurch wird menschliche Arbeitskraft, die allein neue Werte schafft, eingespart, die Investitionskosten für die Anlagen werden immer höher.

Profitraten

Die Profite geraten von zwei Seiten unter Druck: steigende Investitionskosten bei geringerer Wertschöpfung einerseits, schlechtere Absatzaussichten andererseits, denn die kaufkräftige Nachfrage (nur um diese geht es im Kapitalismus) kann mit dem wachsenden Güterausstoß nicht mithalten.

Längerfristig sinken dadurch die Profitraten tendenziell, das heißt die Verzinsung des in der Warenproduktion eingesetzten Kapitals (siehe Tabelle). Dies ist nicht gleichzusetzen mit der absoluten Höhe und Masse der Profite, die nach wie vor beträchtlich sein kann. Aber das angehäufte Kapital findet weniger geeignete neue Anlagemöglichkeiten vor, wenn zuvor schon Überkapazitäten aufgebaut wurden.

In der akuten Krise/Rezession wird Kapital auf vielfältige Weise entwertet: durch Vernichtung oder Brachliegen von Produktionskapazitäten, Konkurse, Entlassungen, Entwertung (Verbilligung) von Produkten, Absenken der Reallöhne. Wenn sich dadurch die Profitaussichten wieder verbessert haben und neue Investitionen lohnen, beginnt ein neuer Konjunkturzyklus.

Kapitalüberschüsse

Die weltweite Überschussproduktion und dadurch überschüssiges Kapital auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten sind im Kern das treibende Element hinter vielen ökonomischen Erscheinungen der letzten 25 Jahre:

- die verstärkte Zuwendung zu Finanzanlagen und das Abheben der Finanzmärkte
- die Auslagerung von Industrien in Schwellenländer, nicht allein wegen günstigerer Löhne, sondern wegen der Nähe zu den dort aufstrebenden Märkten
- die Deregulierung der Finanzmärkte und globalen Kapitalwanderungen
- die Privatisierungen und der Ausverkauf ehemals öffentlicher Betriebe, um neue Profitbereiche zur Kapitalanlage zu schaffen
- die Absenkung der Reallöhne und die staatliche Politik der Umverteilung zugunsten der Reichen.

Ideologisch und politisch begleitet wurden diese Prozesse durch die neoliberale Wirtschaftsdoktrin, die den Keynesianismus der Nachkriegsphase ablöste.

Zum Teil ist es auch gelungen, die Profitabilität zu stabilisieren und zu verbessern. Verschärfte Ausbeutung durch Steigerung der Arbeitshetze und -intensität, Senken der Reallöhne, Flexibilisierung der Arbeitszeiten, millionenfache Umwandlung von normalen in prekäre Arbeitsverhältnisse sowie die Politik der staatlichen Umverteilung durch Steuergeschenke, legale Kapitalfluchtmöglichkeiten in Steuerparadiese, Einfrieren oder Senken der Sozialabgaben für Unternehmen etc. haben die Profitraten seit Ende der 80er Jahre und in den 90ern wieder ansteigen lassen.

Die Privatisierungen so großer Bereiche wie Telekommunikation, Post, Energiewirtschaft, Bahn, Wohnungsbau, überhaupt der Rückzug des Staates aus den wirtschaftlichen Bereichen, die für Private profitabel sind, sowie die Eröffnung neuer Märkte in den Schwellenländern haben weltweit neue Anlagemöglichkeiten für vagabundierendes Überschusskapital geschaffen.

Überkapazitäten

Doch das zugrunde liegende Problem, dass immer wieder neue Überkapazitäten aufgebaut werden und damit erneut auf die Profitaussichten drücken, wurde nicht gelöst und kann auch im Rahmen des Kapitalismus nicht gelöst werden.

Rund ein Drittel der Kapazitäten der internationalen Autoindustrie liegen brach. Und das obwohl allein in den USA zwischen 1980 und 1994 32 Montagewerke für Kraftfahrzeuge geschlossen und fast 6 Millionen Einheiten Produktionskapazität stillgelegt wurden.

Die US-Industrie insgesamt verzeichnet derzeit nur noch einen Auslastungsgrad von 75 Prozent.

Überproduktion gibt es in der gesamten Weltwirtschaft. Neben der Autoindustrie auch in der Bauwirtschaft, im Flugzeug- und Schiffbau, in der Stahlproduktion, in der chemischen und pharmazeutischen Industrie. Auch die Welle von Großfusionen, die meist der „Bereinigung" der Märkte und Stillegung von Kapazitäten dient, hat daran nichts grundlegend geändert.

Anders als in den Konjunkturtiefs der Nachkriegsphase wurden die Überkapazitäten in den Weltwirtschaftskrisen 1974/75, 1980-82 und 1990-93 nur zum Teil abgebaut und in den nächsten Aufschwung mitgeschleppt.

Auch in den zunächst aufstrebenden neuen Branchen wie Computer und Telekommunikation setzten die gleichen Mechanismen ein: Überinvestitionen, Überkapazitäten, gedrückte Gewinnaussichten, Stilllegungen und Stellenabbau. Das gleiche gilt für die aufstrebenden Märkte der Schwellenländer: massenhafter Zufluss von Kapital internationaler Investoren auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten, nach und nach Aufbau von Überkapazitäten, die weder im Inland noch auf dem Weltmarkt abgesetzt werden konnten, rückläufige Wachstums- und Gewinnaussichten, Abzug des Kapitals und Zusammenbruch.

Die Wirtschaftskatastrophe 1997/98 in Südostasien und der Crash in der New Economy waren eine der Folgen.

Krisenerscheinungen

Dramatische Krisenerscheinungen in der Realwirtschaft wie auf den Finanzmärkten haben sich in den 90er Jahren – also sogar im globalen Konjunkturaufschwung – in immer schnellerer Folge entwickelt:

- Zusammenbruch des Europäischen Währungssystems 1992/93
- Zahlungsunfähigkeit Mexikos und so genannte Tequila-Krise in Lateinamerika 1994/95
- Südostasien-Krise 1997/98
- Russland-Krise 1998
- Brasilien-Krise 1998/99
- Zusammenbruch der Aktienwerte in der New Economy 2000/2001
- Krisen in Türkei und Argentinien 2001
- Stagnation/Rezession in Japan über die ganzen 90er Jahre hinweg

Die Weltwirtschaft steckt also in einer Krise, die schon seit geraumer Zeit wichtige Länder der Peripherie betroffen hat, Japan seit einem Jahrzehnt im Griff hat, im letzten Jahr die USA und nun auch Europa erfasst hat.

Grundsätzlich haben sich über die letzten zweieinhalb Jahrzehnte alle „Zutaten" aufgebaut, dass selbst ein Supergau ähnlich der Weltwirtschaftskrise von 1929-33 in den Industrieländern nicht auszuschließen ist. (Argentinien, die Türkei, zuvor Südostasien haben diesen Supergau bereits erlebt oder durchleiden ihn gerade.) Denn:

- Die Überkapazitäten sind ein permanentes Problem und wurden auch in den letzten Rezessionen nicht ausreichend abgebaut.
- Die internationalen Kreditmengen sind enorm aufgebläht und belasten Staatshaushalte, Unternehmen und Konsumenten.
- Selbst der stärksten Wirtschaftsnation USA geht die Puste aus. Sie ist von der größten Gläubiger- zur größten Schuldnernation der Welt geworden und lebt auf Pump; die Verschuldung der privaten Haushalte liegt mit 105 Prozent des verfügbaren Jahreseinkommens auf einem historischen Höchststand, da nützt auch nichts, dass die Leitzinsen mit nur 1,75 Prozent auf einem 40-Jahres-Tief liegen.
- Die Aktienmärkte in Europa und den USA sind trotz des Niedergangs im letzten Jahr noch weit überbewertet. Das Kurs/Gewinn-Verhältnis der 500 größten Multis liegt bei durchschnittlich 1:25, das heißt der Aktienkurs beträgt das 25fache des Jahresgewinns. Das ist ein historisches Hoch, das bisher nur vor der Weltwirtschaftskrise 1929 zu beobachten war.

Die aufgeblähten Kreditmengen und Aktienwerte speisen sich nicht aus sich selbst heraus, sondern sind Vorschüsse auf künftige Arbeit und Erträge, die jedoch in diesem Ausmaß nicht eingefahren werden können, zumal bei weiter bestehenden Überkapazitäten und begrenzten Märkten.

Krisenverlauf

Vor diesem Hintergrund spricht außer Wunschdenken nichts dafür, dass es sich um eine kurze Krise mit schnell einsetzendem, nachhaltigem Aufschwung handelt.

Davon zeugt auch die Heftigkeit, mit der manche Einbrüche erfolgten. So ist zum Beispiel das Wachstum des Welthandels von 13 Prozent im Jahr 2000 auf ein Zehntel davon geschrumpft, der schärfste Rückgang seit 25 Jahren. Der Netto-Kapitalzufluss in die aufstrebenden Märkte der „Schwellenländer" fiel von 233 Milliarden Dollar 1996 auf nur noch 2 Milliarden Dollar im Jahr 2000.

Tiefe und Verlauf der Krise sind allerdings im Detail schwer einzuschätzen. Zum einen wegen der Anarchie des Kapitalismus, bei dem autonome Entscheidungen betriebswirtschaftlicher Einheiten ungeplant aufeinandertreffen. Zum anderen wegen der Unwägbarkeiten der wirtschaftspolitischen Reaktionen, nämlich wie schnell und mit welchen Maßnahmen die politischen Akteure handeln.

Eine weitere Fortsetzung der neoliberalen Politik wird die Krise eher vertiefen und kurzfristig verschärfen. Auch hier gibt es einige Parallelen zur Zeit vor der Weltwirtschaftskrise 1929: das Starren auf Geldwertstabilität, das Fixieren von Wechselkursen, sei es durch den Euro oder durch das langjährige Anbinden der Währungen von Schwellenländern wie Argentinien oder Südostasien an den Dollar, drastische Sparhaushalte wie in Deutschland, die an den früheren Reichskanzler Brüning erinnern (siehe Kasten).

Krisenpolitik

Ein Umschwenken auf keynesianische Elemente der Nachfrageankurbelung und staatlichen Intervention kann die Krise eher abmildern und langgezogener gestalten. Allerdings kann keine wie auch immer geartete Wirtschaftspolitik die zugrunde liegenden Widersprüche des Kapitalismus lösen.

Das zeigt nicht zuletzt das Beispiel Japan. Dort wurden während des letzten Jahrzehnts 10 Konjunkturprogramme aufgelegt. Dies hat aber nur bewirkt, dass Japan zwar keinen derartig drastischen Einbruch wie Südostasien zu verzeichnen hatte, dafür aber eine langgezogene Stagnation/Rezession (siehe Kasten).

Die letzte weltweite Rezession Anfang der 90er Jahre verlief nicht synchron. Zuerst erfasste sie 1989 die angelsächsischen Länder USA, Kanada, Britannien sowie Schweden. Dann stürzte 1991 die japanische Wirtschaft ab. Europa konnte sich wegen der deutschen Sonderkonjunktur (im Zuge der Wiedervereinigung) noch etwas halten und rutschte erst 1993 ab, als in den USA der Aufschwung bereits wieder eingesetzt hatte.

Diese Ungleichzeitigkeit hat damals die Krise international abgefedert. Jetzt sind jedoch alle wichtigen Teile der Weltwirtschaft gleichzeitig in der Rezession, was als weiterer Faktor dazu beiträgt, sie zu verschärfen und langwieriger zu gestalten.

Optimistische Konjunkturforscher diskutieren derzeit über einen Krisenverlauf in Form eines „V" oder „U" – also ein kurzes Tief und dann eine Erholung. Die vorsichtigeren Ökonomen gehen von einem „W"-Verlauf aus, also

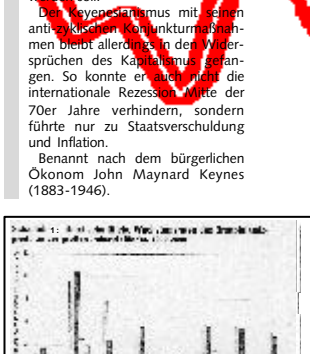
In Argentinien und den anderen Ländern Latainamerikas sind ein Fünftel niedriger als 1980. In Argentinien kam es vor

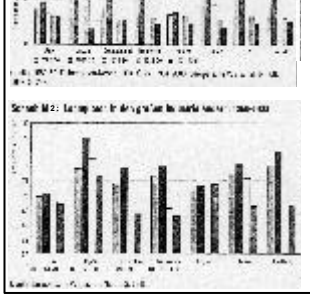
Keynesianismus

Kapitalistische Krisenpolitik, nach der durch Erhöhung der Staatsausgaben die Wirtschaft angekurbelt werden soll.

Der Keynesianismus mit seinen anti-zyklischen Konjunkturmaßnahmen bleibt allerdings in den Widersprüchen des Kapitalismus gefangen. So konnte er auch nicht die internationale Rezession Mitte der 70er Jahre verhindern, sondern führte nur zu Staatsverschuldung und Inflation.

Benannt nach dem bürgerlichen Ökonom John Maynard Keynes (1883-1946).





Japan: 10 Jahre Dauerkrise

Ende der 80er/ Anfang der 90er Jahre platzte in Japan die Spekulationsblase, weil Aktien und Immobilien völlig überbewertet und losgelöst von den realwirtschaftlichen Daten waren. Mit diesen überhöhten Aktien- und Immobilienwerten wurden Kredite abgesichert.

Auf dem Höhepunkt des Booms lag der japanische Aktienindex Nikkei einmal bei 39.000 Punkten und nichts schien den weiteren Höhenflug aufhalten zu können. Seit Einbruch der Krise vor 10 Jahren ist er selten noch über 20.000 hinausgekommen, derzeit liegt er unter 10.000 Punkten.

Mit der Krise wurden die Werte vernichtet, auf denen die Kreditblase fußte. Und die japanischen Banken sitzen bis heute auf einem Berg von faulen Krediten (Schätzungen schwanken zwischen 1.000 und 1.500 Milliarden Dollar, die einmal durch hohe Aktien- und Immobilienwerte abgesichert schienen).

Ein im Grunde ähnlicher Vorgang wiederholte sich 1997 beim Crash in Südostasien, hier noch gepaart mit einem Zusammenbruch der Währungen, nachdem man zu Beginn der Krise krampfhaft an einem festen Wechselkurs zum US-Dollar festgehalten hatte, um internationale Investoren nicht zu verschrecken.

Vorausgegangen waren immer ein Rückgang der Gewinne und Absatzerwartungen, bedingt durch Überproduktion beziehungsweise Überkapazitäten.

Seit Anfang der 90er steckt die japanische Wirtschaft in einer langgezogenen Stagnation und Depression, begleitet auch von einer Deflation, also Rückgang der Marktpreise: für Verbrauchsgüter, aber auch für Immobilien, Aktien, Vermögenswerte – und Geld, nämlich billiges Geld für extrem niedrige Zinsen (derzeit 0,5 Prozent). 10 massive staatliche Konjunkturprogramme mit einem Volumen von insgesamt über 1 Billion Euro wurden aufgelegt, konnten aber die Probleme nur abmildern und verschieben.

Damit hat Japan seit Anfang der 90er doppelt soviel für Konjunkturprogramme ausgegeben wie der deutsche Staat für die Vereinigung, ohne dass die Konjunktur ansprang. Denn das Grundproblem der Überakkumulation von Kapital, von Überkapazitäten und schwachen Märkten wurde nicht gelöst, und kann auch im Rahmen des Kapitalismus nicht gelöst werden.

Die Arbeitslosigkeit verdreifachte sich, Armut und Obdachlosigkeit verbreitete sich in den Städten.

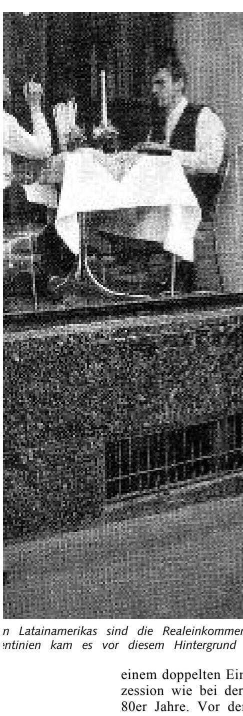
Das politische System geriet in die Krise, Spaltung der Regierungspartei LDP, häufige Regierungswechsel waren die Folge, auch ein gewisser Zustrom zu linken Protestparteien wie der KP Japans, zumal die alte sozialdemokratische Partei ebenso wie in Europa zu einer zweiten bürgerlichen Partei verkam.

Japan geriet in die zehnjährige Depression von einer relativ guten Ausgangsposition, als das Land weltweit als Modell gepriesen wurde: Exportweltmeister, Haushaltsüberschüsse, kaum Staatschulden, relativ hoher Beschäftigungsstand.

Die japanische Krise wurde dadurch abgemildert, dass in den 90er Jahren in Europa, USA und Südostasien Aufschwung herrschte, so dass Japan an seine wichtigsten Handelspartner exportieren konnte.

Die Ausgangslage für die anderen Industriestaaten sieht heute wesentlich düsterer aus, entsprechend schlimmer wird sich die jetzige Krise auswirken. ■

were Weltwirtschaftskrise?



n Latainamerikas sind die Realeinkommen auf den Stand der 80er Jahre zurückgefallen, in Russland sind sie (nach 10 Jahren Kapitalismus) um
ntinien kam es vor diesem Hintergrund zu einem Volksaufstand

einem doppelten Eintauchen in die Rezession wie bei der Krise Anfang der 80er Jahre. Vor dem Hintergrund der aufgehäuften Hypotheken der Vergangenheit ist jedoch eher ein „L"-Verlauf wahrscheinlicher, also eine langgezogene Rezession/Stagnation wie in Japan.

Gegenwehr

Eins war und ist in allen Krisen gleich: Wenn der Kapitalismus nicht gestürzt wurde, musste immer die Masse der Bevölkerung dafür bezahlen – durch Abwälzen der Risiken auf den Staat und die Steuerzahler, Sinken des Lebensstandards und Verelendung, in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts auch durch Errichtung von Diktaturen, Aufrüstung und Krieg.

Ob staatliche Politik eine Krise aussitzt oder etwas tut, ist auch eine Frage der politischen Kräfteverhältnisse. Die herrschenden Eliten in Wirtschaft und Politik haben nicht das geringste moralische Problem damit, sich durch eine Krise zu lavieren und immer größere Bevölkerungsschichten verelenden zu lassen, solange die Leute ruhig bleiben und sich nicht wehren. Das kapitalistische System hat ganze Kontinente wie große Teile Afrikas abgehängt und dem Verfall preisgegeben, Weltregionen wie Lateinamerika und Südsostasien in den Niedergang geführt.

Seit nach 1989 eine Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft scheinbar nicht mehr existiert, sind sie noch dreister geworden beim Sozialabbau, im Aussitzen von Krisen und Abwälzen von Krisenfolgen auf die Bevölkerung, nicht nur an der Peripherie, auch in den Metropolen. Wachsender Kriminalität und spontanen Volkszorn-Ausbrüchen begegnet man mit aufgerüstetem Staat samt allerlei „Sicherheitskonzepten".

Nur zwei Dinge werden sie zum Umsteuern bewegen:

1. Wenn Zusammenbrüche großer Konzerne (wie Holzmann in Deutschland, Enron in den USA) oder großer Banken (wie in Japan) drohen, dann werden staatliche Auffangnetze vor allem für die Investoren und Großaktionäre aufgespannt. Oder wenn ganzen Ländern wie jetzt Argentinien die Pleite droht, dann gibt es noch einmal internationale Finanzspritzen, um Turbulenzen an den weltweiten Finanzmärkten und Schaden für die Investoren zu begrenzen.

In all diesen Situationen ist auch von neoliberalem „Laissez faire" keine Rede mehr. Dann rufen sie nach verschärften Kontrollen, staatlichen Eingriffen und Stützungsaktionen, dann sind alle Keynesianer. Nicht umsonst gibt es in Anbetracht der weltweiten Krisenpotenziale und Instabilitäten unter Wirtschaftskapitänen und Politikern inzwischen wieder eine gewisse Neigung zum Keynesianismus als rettender Anker der Schadensbegrenzung, vom Großspekulanten George Soros bis zum Ex-Finanzminister Oskar Lafontaine.

2. Wenn eine organisierte Bewegung von unten signalisiert, dass die Bevölkerung nicht mehr bereit ist, die Krisenlasten zu tragen und die Verhältnisse weiter hinzunehmen.

Neue Arbeiterparteien aufbauen

Wir haben gerade in Argentinien gesehen, wie eine Massenbewegung in kurzer Zeit die politischen Verhältnisse zum Tanzen gebracht hat. Ein Zusammenschluss aus arbeitender Bevölkerung inklusive Mittelschichten, Arbeitslosen und sozialen Bewegungen hat zwei Regierungen in zehn Tagen gestürzt und unter anderem die Einstellung der Schuldenrückzahlung ans Ausland bewirkt. Allerdings besteht der Kapitalismus fort und damit auch die grundlegenden Probleme.

„Im Angesicht der Katastrophe" schriebt die Le Monde Diplomatique (2/2002, deutsche Ausgabe) *" – des vollständigen Zusammenbruchs der sozialen Sicherheit, des wirtschaftlichen Bankrotts, der fast die Hälfte der Bevölkerung in Elend und Arbeitslosigkeit gestürzt hat, der unhaltbaren und unbezahlbaren Staatsverschuldung – haben sich die Argentinier weder einem Retter in Uniform noch einem Messias in Zivil ausgeliefert. Sie haben die autistische (abgeschottete) Regierung der Radikalen ebenso verstoßen wie die peronistische Spitzenriege, die sich als Ersatz anbot. (...) Die Akteure dieser zehn Tage sind sich ihrer Stärke bewusst geworden. (...) Die Menge stimmte wiederholt Sprechchöre an: ,Weder Radikale noch Peronisten!' Es braucht sicher seine Zeit, bis sich eine neue politische Kraft organisieren kann."*

Das ist nicht nur für Argentinien dringend nötig. Die etablierten politischen Kräfte in allen Ländern der Welt haben sich mit dem Kapitalismus arrangiert und handeln im Rahmen seiner Gesetzmäßigkeiten, sozialdemokratische, sozialistische, ex-kommunistische ebenso wie grüne Parteien. Fast überall muss eine neue politische Kraft aufgebaut werden, die die Interessen der Mehrheit vertritt. Eine zentrale Rolle fällt dabei der arbeitenden Bevölkerung wegen ihrer ökonomischen Schlüsselstellung zu.

Eigentlich ermöglicht der heutige Standard der Wissenschaft und Technik, der Arbeitsproduktivität, der Produktions- und Kommunikationsmitteln, eine auskömmliche Existenzgrundlage und Lebensqualität für alle Menschen zu schaffen.

Stattdessen erleben wir Wirtschaftskrisen, die wie ein hereinbrechender Wirbelsturm eine Spur der Verwüstung hinterlassen. Doch das sind keine unausweichlichen Naturkatastrophen, sondern die Folgen einer menschengemachten Wirtschaftsordnung, von der vor allem die winzige Minderheit der Kapitalbesitzer profitiert. Diese werden ihre Macht nicht freiwillig abgeben, sondern müssen durch eine organisierte Massenbewegung mit klarem Programm gestürzt werden.

Nur wenn wir das Profitsystem aushebeln und demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft aufbauen, können die globalen Ressourcen im Interesse von Mensch und Umwelt eingesetzt werden. Eine solche Gesellschaft hätte – im Gegensatz zu den früheren Ostblockstaaten – den Namen Sozialismus wirklich verdient. ■

Durchschnittliche Profitraten (%)

	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
USA	22,8	20,3	15,7	[illegible]
Japan	21,1	13,2	[illegible]	23,7
BRD	20,1	[illegible]	[illegible]	18,3
Frankreich	[illegible]	17,5	15,1	[illegible]
Italien	21,7	19,6	20,9	23,0
GB	14,1	[illegible]	[illegible]	13,8
Kanada	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	19,6	[illegible]	[illegible]
OECD	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Quelle: OECD Wirtschaftlicher Ausblick, Dezember 1989

1. In allen großen Industrieländern sind die Zuwachsraten des Sozialprodukts über die Jahrzehnte rückläufig

2. Die Lohnquote (=Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen) war in den 70er Jahren am höchsten und geht seitdem kontinuierlich zurück

3. Die Profitraten (=Verzinsung des in der Warenproduktion eingesetzten Gesamtkapitals) sind seit dem ökonomischen Phasenwechsel Mitte der 70er Jahre rückläufig. Ab Ende der 80er Jahre haben sie sich leicht erholt, durch Maßnahmen wie verschärfte Ausbeutung und Umverteilung von unten nach oben

Polizeieinsatz in Salzburg im Juli 2001 während des Weltwirtschaftsforums Osteuropa

Weltwirtschaftskrise 1929

Als es am 29. Oktober 1929 an der New Yorker Wall Street krachte, wurden allein an diesem „Schwarzen Freitag" 25 Milliarden Dollar ausradiert. Dies war der Auslöser der folgenden Depression.

Schlange vor einer Suppenküche. Millionen hungerten nach dem „Schwarzen Freitag" an der Wall Street im „Land der unbegrenzten

Von 1929 bis 33 ging die Industrieproduktion in den kapitalistischen Ländern im Durchschnitt um 40 Prozent zurück. In Deutschland sank sie auf 58 Prozent des Standes von 1928. Noch drastischer sank in vielen Industrieländern die Auslastung der Produktionskapazitäten, in Deutschland waren sie 1932 nur noch zu 35 Prozent ausgelastet.

Entsprechend brachen die Gewinne der Unternehmen ein. In den USA betrugen sie 1932 nur noch 7 Prozent des Standes von 1928. In Deutschland ging die Summe der Unternehmensgewinne von 315 Millionen Mark (1929) auf 73 Millionen Mark (1932) zurück.

Die Aktienkurse an den wichtigsten internationalen Börsen brachen zwischen 40 und 70 Prozent ein. In den USA gingen zwischen 1930 und 33 rund 5.000 Banken pleite, 15 Prozent aller Einlagen wurden vernichtet. Das gesamte nationale und internationale Finanzsystem geriet aus den Fugen. Auch in anderen Ländern kamen Großbanken ins Trudeln und wurden staatlicherseits unterstützt, wie die Dresdner Bank in Deutschland.

Deflation

Eine Begleiterscheinung der Krise war ein drastischer Verfall aller Preise (Deflation), der schon zuvor eingesetzt hatte. Die Preise für Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse waren schon vor dem Börsenkrach stark rückläufig – auch ein Symptom der Überproduktion.

Neu war allerdings das Ausmaß. In den vorhergehenden zyklischen Krisen, durch die sich der Kapitalismus seit seinem Bestehen immer wieder bewegt, waren die Preise um etwa 10 Prozent gesunken, um im anschließenden Aufschwung wieder anzuziehen. Dieses Mal hielt der Preisverfall über Jahre an und erfasste alle Bereiche. In Deutschland sanken die Großhandelspreise zwischen 1929-33 um 32 Prozent, in Frankreich um 36 Prozent, in den USA und Britannien um 31 Prozent.

Der Preisverfall, bedingt durch Überproduktion, bewirkte die Krise des Kreditsystems, denn der Schuldendienst musste aus verminderten Profiten gezahlt werden. Dies löste die Welle von Konkursen aus, die schließlich auch Großindustrie und Banken erfasste.

Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Gab es vor der Krise einen integrierten Weltmarkt, wenn auch nicht ganz so eng verflochten wie heute, so wurden die internationalen Wirtschaftsbeziehungen durch die Krise gründlich zerrüttet und kamen stellenweise ganz zum Erliegen.

Gedrückt von der Last der inneren und äußeren Schulden, konnten viele Länder ihren internationalen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Als erste stellten kolonial beherrschte Länder in Osteuropa, Asien und Lateinamerika sowie kleinere Industrieländer die Bezahlung ihrer Auslandsschulden auf unbestimmte Zeit ein (Schuldenmoratorium).

Später erklärten auch zentrale Industrieländer wie Deutschland, Österreich, Frankreich, England den Schuldendienst für ausgesetzt; 1933 für kurze Zeit sogar die USA, als die Bankenkrise dort ihren Höhepunkt erreichte.

Manche Staaten erklärten den Zahlungsstopp nicht nur für Staats-, sondern auch für private Geschäftsschulden. Die allgemeine Nichtbezahlung von Schulden führte natürlich zum Zusammenbruch des Welthandels. Wer verleiht noch Geld oder liefert Waren, wenn die Zahlungsverpflichtung nicht mehr gewährleistet ist.

Die USA als dominierende Wirtschaftsmacht exportierten 1928 noch Kapital im Wert von 1.325 Millionen Dollar, 1932 waren es noch ganze 27 Millionen Dollar.

Die vorherige Ideologie des freien Welthandels wurde aufgegeben. Fast alle Staaten führten Devisenbewirtschaftung und Kapitalkontrollen ein. Der Außenhandel wurde staatlich kontrolliert, die heimischen Binnenmärkte durch protektionistische Maßnahmen geschützt. Auf dieser Grundlage entwickelte sich die Ideologie der wirtschaftlichen „Autarkie".

Parallel zur Krise brach auch das internationale Währungsgefüge zusammen. Waren vorher stabile Währungen und Goldstandard oberste Priorität, so gingen nun fast alle Staaten davon ab und gaben die Kurse frei, die nationalen Währungen wurden massiv abgewertet. Dies war zum Teil Folge bewusster staatlicher Politik, um durch Abwertung die Waren konkurrenzfähiger zu machen, zum Teil aber auch Folge des Preisverfalls.

Insgesamt schnurrte der Welthandel auf ein Drittel seines Volumens von 1928 zusammen.

Die Weltwirtschaftskrise führte zu einer enormen Vernichtung von Werten – von Vermögen, Waren, Fabrikanlagen. Geld konnte nicht mehr als Kapital fungieren, weder international noch zu Hause, weil Verwertungs- und Absatzaussichten düster waren.

Die Lasten der Krise wurden auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Die Hauptlast trug die Arbeiterklasse. Aber auch zuvor bessergestellte Beschäftigte und Beamte waren von Entlassungen und Kürzungen betroffen, ebenso wie die Bauern durch die Agrarkrise. Die Mittelschichten verloren Vermögen und Betrieb und wurden durch die Krise ebenfalls deklassiert.

Politikwechsel

Die Regierungen und Politiker standen der Wucht der Krise und der Anarchie des Marktes völlig hilflos gegenüber. Geprägt durch die wirtschaftsliberale Doktrin verschärften manche Maßnahmen die Krise sogar noch, wie das Festhalten an festen Währungsparitäten oder Sparhaushalte wie unter den Notverordnungen des deutschen Reichskanzlers Brüning. Doch die Tiefe der Krise ließ keine andere Wahl als massive staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, ohne die das ganze System völlig zusammengebrochen wäre.

Die USA als Land mit den meisten Reserven startete den umfassendsten Versuch der Krisenbewältigung mit der Politik des so genannten „New Deal" (neuer Gesellschaftsvertrag) unter Präsident Roosevelt.

Überall gab es staatliche Eingriffe und Regulierungen. Die Staatsquote, also der Anteil des Sozialprodukts, der durch staatliche Hände geht, wuchs stark an.

Kombiniert mit gewissen sozialen Wohltaten wurden diese Politik nur dort, wo es eine starke Arbeiterbewegung und heftige Klassenkämpfe gab. In Deutschland griff der Faschismus zwar die massive staatliche Regulierung auf, die jedoch einherging mit der Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung, mit der Versklavung der einheimischen Arbeitskräfte wie später der Bevölkerung in den eroberten Gebieten.

Doch auch diese Politik brachte letztlich nur einen Aufschub und keine Lösung. Nach einem kurzen und labilen internationalen Aufschwung zeichnete sich Ende der 30er Jahre erneut die nächste Krise ab, der letztlich mit fieberhafter Aufrüstung, Krieg und Kampf um die Neuaufteilung der wirtschaftlichen und politischen Einflussgebiete begegnet wurde. ■

Augenzeugenbericht

Argentinien – Kurs auf Revolution?

Im Dezember erklärte Argentinien seine Zahlungsunfähigkeit, jetzt kommt von privaten Kreditgebern und Institutionen wie dem IWF kein Cent mehr. Die Regierung Duhalde versucht nun, den Staatshaushalt zu dekken, in dem zusätzliche Steuern auf die Gewinne der Erdöl- und Erdgasindustrie erhoben werden, und die Löhne im öffentlichen Dienst teilweise einbehalten sowie die Mittel für die Provinzen eingeschränkt werden. Diese Maßnahmen macht der IWF zur Voraussetzung für die Bewilligung neuer Kredite.

Von Pablo Alderete, zurzeit Buenos Aires

Duhalde hatte Anfang Januar erklärt: *„Das wirtschaftliche Modell Argentiniens ist am Ende."* Aber es ist völlig klar, dass er alles tut, um sich mit dem IWF zu einigen. Ein Zeichen war auch die Ernennung von einem ehemaligen IWF-Funktionär zum Vorsitzenden der Zentralbank. Allerdings zwingt ihn die Situation dazu, einzelne Nadelstiche gegen ausländische Konzerne anzusetzen, um Geld in die öffentlichen Kassen zu bringen.

Instabile Regierung

Barrionuevo, Gewerkschaftsbürokrat und Abgeordneter der PJ (Peronisten) zu seinen Dollarmillionen: *„Auf ehrliche Weise hab ich sie nicht verdient. Aber auf ehrliche Weise wird in Argentinien keiner Millionär"* (Stuttgarter Zeitung, 22.12.01). Duhalde: *„Die argentinische Elite ist ein Scheiß, und ich zähle mich dazu"* (das sagte er vor seiner Wahl zum Präsidenten, jetzt ist es ihm unangenehm, wenn man ihn an die Aussage erinnert).

Das Vertrauen in Duhalde und das gesamte Establishment ist gleich null. Die unterdrückten Massen stellen alle Eckpfeiler der bürgerlichen Herrschaft, Polizei, Parlament, etablierte Parteien und Gerichte in Frage.

Stadtteilversammlungen

Die Arbeitslosen, die sich in den „Piqueteros" zusammen getan haben, setzen ihre Aktionen fort. Eine gewisse Anzahl von Jugendlichen, Rentnern, kleinen Selbstständigen, Arbeitslosen und ArbeiterInnen organisieren sich in fast allen größeren Städten in Assembleas Barriales (Stadtteilversammlungen). Diskutiert wird dort zum Beispiel über Kundgebungen vor Supermärkten, die Beschäftigte entlassen oder über die Zusammenarbeit mit den Piqueteros. Jeden Sonntag findet im Parque Centenario ein Treffen aller Versammlungen des Großraumes Buenos Aires statt, die Inter-Barrial. Am 24. Februar sprachen dort Vertreter von 54 Assembleas, 100 weitere Beiträge wurden wegen Zeitknappheit auf die nächste Woche verschoben. Beschlossen wurde ein Cacerolazo am Freitag, den 1. März und die Einberufung einer landesweiten Versammlung der Assembleas am 17. März. Einzelne RednerInnen wurden für Parolen wie *„Sie sollen alle gehen – lasst uns unsere Entscheidungen selber treffen"* von Beifall unterbrochen. Das Establishment betrachtet dies mit Schrecken. Die konservative Tageszeitung La Nacion kommentierte: *„Die Versammlungen könnten gewisse Ähnlichkeiten mit dem unheimlichen Entscheidungsmodell der Sowjets aufweisen."*

Es beteiligen sich an den Protesten Menschen, die sich durch die Einfrierung der Bankguthaben ihrer Ersparnisse beraubt sehen. Aber die große Mehrheit, auch der verarmten Mittelschicht, setzt sich in Bewegung, weil sie im Kapitalismus keine Perspektive für sich sieht, keine Arbeit, kein vernünftiges Einkommen und sie aus diesem Grund den gemeinsamen Kampf suchen. In der Hinsicht ist es so, als ob die Dezemberaufstände einen Schalter umgelegt hätten. Vorher beklagten sich auch schon alle wegen der Situation, aber vereinzelt und für sich alleine. Jetzt äußert sich die Verbitterung kollektiv, ein Gemeinschaftsgefühl, „wir hier unten – die da oben", ist entstanden. Die Stimmung, vor allem unter Jugendlichen, ist zum Teil erwartungsfroh, wir können was verändern, jetzt nehmen wir das Heft in die Hand, wir krempeln die Gesellschaft um.

Wie weiter?

Duhalde behauptet zwar: *„wir werden 2 Millionen Arbeitsplätze schaffen – in 60 Tagen wird man die Erholung der Wirtschaft sehen"*. Die Marktwirtschaft wird aber auch dieses Jahr nicht viel zu bieten haben. Die Wirtschaftsleistung wird im fünften Jahr hintereinander sinken, nach Schätzungen zwischen 8 und 13 Prozent. 1914 gab es zuletzt einen vergleichbaren Einbruch.

In der Produktion schlägt aber das Herz der Gesellschaft und hier hat sich noch keine revolutionäre Stimmung artikuliert. Die Gewerkschaftsführung bremst, der Peronismus, der weiterhin einen gewissen Einfluss geltend machen kann, erschwert die Suche nach Alternativen. Die Industriearbeiterklasse hat sich an den Dezemberaufständen nicht unabhängig als Klasse beteiligt.

Am 1. März beginnt in Argentinien der Schulunterricht und die LehrerInnen und die staatlichen Angestellten sind bereit in Streik zu treten, weil ihre Löhne ausstehen. Sinnvoll wäre es, gemeinsam mit Eltern und SchülerInnen in einen aktiven Streik zu treten für Lohnauszahlungen, bessere Schulausstattung und Selbstverwaltung. Abgekoppelt vom Rest der Arbeiterklasse wird das aber kaum durchzusetzen sein. Deshalb müsste gleichzeitig ein Aufruf an die ArbeiterInnen in den Bereichen Automobil, Erdöl, Metall, Transport, Landwirtschaft, Handel und Verwaltung etc. gehen.

Genauso wie sich Arbeitslose und AnwohnerInnen der Stadtteile vernetzen, müssten sich die ArbeiterInnen organisieren. Dabei dürften sie aber nicht stehen bleiben. Schließlich ruft die Marktwirtschaft regelmäßig Krisen hervor. Um die großen Bodenschätze Argentiniens und die intakten Produktionsanlagen im Interesse aller nutzen zu können, müssen die Schalthebel der Wirtschaft erobert werden: Die Banken und Konzerne gehören enteignet – bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung. Das kapitalistische Chaos gehört durch eine sozialistische Planung ersetzt.

In Argentinien haben stürmische Zeiten begonnen. Auch die Clique, die sich im Kapitalismus bereichert, ist aufgeschreckt und sucht nach Wegen, sich auch zukünftig an der Macht zu halten, notfalls mit Waffengewalt. Auf alle Fälle braucht die argentinische Arbeiterbewegung eine eigene politische Interessenvertretung, eine sozialistische Massenpartei. ■

„Cacerolazo" gegen etablierte Politiker

In der Provinz Entre Rios musste eine Parlamentsabgeordnete ein Cafe verlassen, weil die Gäste sie erkannt hatten, anfingen mit Besteck gegen die Gläser zu trommeln und einen kleinen „Cacerolazo" veranstalteten.

Ex-Präsident Alfonsin versuchte sich als Gegner des Neoliberalismus zu profilieren, wurde jedoch vor seiner Wohnung von einer Gruppe aufgebrachter Nachbarn empfangen.

Eduardo Menem, Bruder von Carlos Menem und Senatsabgeordneter, wurde in einem Linienflug von einem Passagier als „Gauner" beschimpft. Als die Polizei versuchte diesen wegen Beleidigung festzunehmen, erzwangen die restlichen Passagiere seine Weiterfahrt.

Moline O' Neill, Richter am obersten Gerichtshof, wurde von den Organisatoren des Tennisturniers von Buenos Aires ausgeladen, weil sie Tumulte fürchteten.

Nationale Arbeiterversammlung

Mitte Februar kamen 6.000 ArbeiterInnen und Arbeitslosen zu einer nationalen Versammlung zusammen. Diese Versammlung ging aus den Piqueteros hervor, die viele kritisch sehen, weil sie von der Gewerkschaftsföderation CTA und der Partido Communista Revolucionario/Corriente Cobativa Classista (einer maoistischen Organisation) dominiert wird.

Hier in Auszügen die am 17. Februar auf der Arbeiterversammlung angenommenen Resolution:

Diese nationale Arbeiterversammlung erwägt, dass die Regierung von Duhalde ein Feind der Arbeiterklasse und des Volkes ist. Es gibt keine andere Lösung als Duhalde rauszuwerfen und die Klasse der Plünderer, die ihn an die Macht brachte.

Die „Abstimmung" [concertation] unter der Führung der Kirche und der Vereinten Nationen ist ein politisches Manöver, das darauf abzielt, die Arbeiterorganisationen einzubinden, zu kontrollieren und zu spalten, um das Regime an der Macht zu halten. Folglich fordern wir die Zurückweisung der „Abstimmung" und prangern die Beibehaltung dieser Politik durch die Gewerkschaftszentralen und die politischen Kräfte PJ, UCR, Frepaso, ARI, Polo Social, Frenapo an.

Wir nehmen die Lösung der Hauptprobleme, vor denen die Massen stehen, in unsere Hände: Arbeit, Gesundheit, Bildung, Wohnungen, und werden alle die Organisationen im ganzen Land vorwärts bringen und ausbauen, die das Ziel einer Alternative für die ArbeiterInnen selbst haben.

CCC und CTA müssen mit den Verhandlungen mit der Regierung brechen und sich der Bewegung der Piqueteros anschließen und einen Kampfplan entwerfen, der den Sieg garantieren wird. Die Politik der Illusionen in Regierungen, die die Forderungen der einheimischen und ausländischen Ausbeuter akzeptieren, ist gescheitert und wir stellen ihr das Programm der Piquetero-Bewegung entgegen, die nicht nur Pläne für Beschäftigungsprogramme fordert, sondern auch die Abwertung und Zahlung der Auslandschulden ablehnt, Verstaatlichung der Banken und Löhne und eine Existenzsicherung für Arbeitslose fordert, die die Lebensbedürfnisse befriedigt. Wir drängen darauf, dass die Diskussion mit diesen Organisationen mit Blick auf die Entwicklung eines derartigen Kampfes und Kampfplans begonnen wird.

Angesichts dieser ganzen Lage stimmen wir folgendem Programm zu:

■ Nichtzahlung der Auslandsschulden.

■ Verstaatlichung der Banken und Großkonzerne.

■ Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle aller Firmen, die Betriebsschließungen oder Entlassungen durchführen, und Wiedereröffnung aller bereits geschlossenen Firmen unter den gleichen Bedingungen.

■ Sofortige Freigabe der Ersparnisse der KleinanlegerInnen.

■ Kampf für wirkliche, dauerhafte Arbeit und eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

■ Mindestlohn und Arbeitslosenunterstützung auf einem Niveau, das dem grundlegenden „Warenkorb" entspricht und an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepasst wird.

■ Raus mit Duhalde und IWF. Für eine Arbeiterregierung.

Wir schlagen folgenden Kampfplan vor:

■ 20. Februar: Mobilisierungen, Straßenblockaden und eine landesweite Cacerolazo zusammen mit den Assembleas Populares und dem Interbarrial auf der Plaza del Mayo.

■ 25. Februar: Blockade des Zugangs zu allen Mineralölproduzenten und privaten Firmen.

■ 2. März: landesweite Mobilisierung für die Freilassung von Ali, Castellas, Peralta und allen Gefangenen. Die Verantwortlichen für die Morde am 19. und 20. Dezember vor Gericht!

■ 4. bis 8. März: landesweiter Marsch der ArbeiterInnen, koordiniert mit den Assembleas Populares, aus dem ganzen Land zur Plaza del Mayo.

■ Aktive Unterstützung der Besetzungen bei Zanon, Bruckman, Straßenblockaden, Mobilisierungen der Arbeitslosen in Buenos Aires zur Unterstützung des Kampfes der Eisenbahnarbeiterinnen von Sarmiento, der DruckerInnen von Quebecor und aller Kämpfe.

Eine weitere Nationale Versammlung der ArbeiterInnen und Arbeitslosen wird für 2. April einberufen. ■

Weltsozialforum in Porto Alegre

Der Kampf für eine bessere Welt

Ein Meer von roten Fahnen (und einigen grünen, blauen, gelben...) bewegte sich durch die brasilianische Hafenstadt Porto Alegre zum Auftakt des zweiten Weltsozialforums (WSF) am 31. Januar diesen Jahres. Darunter waren die brasilianischen Landlosen, französische Gewerkschafter Innen, Arbeiterpartei (PT) und Gewerkschaftsdachverband (CUT) aus Brasilien, argentinische TrotzkistInnen, italienische GlobalisierungsgegnerInnen, südafrikanische AktivistInnen für die Schuldenstreichung, ATTAC aus vielen Ländern, VertreterInnen indigener Völker Lateinamerikas, schwul-lesbische AktivistInnen, indische UmweltschützerInnen, palästinensische FreiheitskämpferInnen und viele mehr.

Über 60.000 waren gekommen, um eine Woche in über 700 Veranstaltungen zu diskutieren, Informationen auszutauschen, Verbindungen zu knüpfen und Pläne zu schmieden. Über 5.000 verschiedene Organisationen waren vertreten. Parallel zum Weltsozialforum nahmen 15.000 Jugendliche am Interkontinentalen Jugendcamp teil. „Eine andere Welt ist möglich" war das alle vereinende Motto.

Von Sascha Stanicic, Teilnehmer am WSF

Das WSF stellte eindrucksvoll unter Beweis, dass die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung durch den 11. September und den „Krieg gegen Terror" keinen Schaden erlitten hat, sondern sich weiterhin im Aufschwung befindet. Krieg und Militarisierung gehörten so auch zu den zentralen Themen, die diskutiert wurden und auf breite Ablehnung stießen. Vittorio Agnolotti, Sprecher des Genua Sozial Forums, sagte stellvertretend für viele: *„Wir sind ein und dieselbe Bewegung: unser Kampf ist gegen den Neoliberalismus und gegen den Krieg."* Dementsprechend gab es Proteste gegen die Teilnahme von ParlamentarierInnen, die in ihren Ländern für den Krieg gestimmt haben.

Explosives Lateinamerika

Der Hintergrund des WSF auf dem lateinamerikanischen Kontinent sind die Massenbewegungen und Aufstände der letzten Jahre: Ecuador und Bolivien im Jahr 2000, der argentinische Volksaufstand im Dezember 2001 und der für März angekündigte Generalstreik in Brasilien. Auf einhellige Ablehnung stieß auch die geplante Freihandelszone von Nord- und Südamerika (englisch FTAA, spanisch ALCA). ALCA dient ausschließlich den Interessen des nordamerikanischen Kapitals. Die USA wollen damit unter ihrer Führung einen Wirtschaftsblock schaffen, mit dem sie die europäische Konkurrenz aus Lateinamerika zurückdrängen können. Die Folgen für die Massen der armen Länder werden Armut, Abbau von Arbeitnehmerrechten und Umweltschutzstandards, weitere Privatisierungsprogramme etc. sein. Eine der größten Demonstrationen während des WSF – mit über 10.000 TeilnehmerInnen – richtete sich gegen ALCA.

Widersprüche

Alle Begeisterung für die Größe und Dynamik des WSF kann aber die Widersprüche der globalen Protestbewegung nicht verdecken. Diese wurden in der Teilnehmerpolitik des Forums und bei den inhaltlichen Debatten deutlich. Während französische Minister, ein Vertreter von Chirac, kapitalistische Politiker wie Mario Soares und Prokriegs-ParlamentarierInnen teilnehmen konnten, wurde Fidel Castro, Hugo Chavéz und der kolumbianischen Guerilla FARC die Teilnahme durch das WSF-Organisationskomitee verweigert. Diese Entscheidungen widerspiegeln nur den doch ziemlich angepassten Kurs vieler offizieller RednerInnen beim WSF. Roberto Savio, Mitglied im Internationalen Komitee des WSF, drückte das mit seiner Forderung aus, dass *„die Zivilgesellschaft darauf bestehen müsse, dass die gewählten Regierungen die Aufgaben erfüllen, für die sie gewählt werden."* Die globalisierungskritische Bewegung als Lobbyinstrument für eine etwas andere kapitalistische Politik? Diesen Gedanken einer reformierten Marktwirtschaft drückten viele RednerInnen aus. Manche forderten nur eine keynesianistische Wirtschaftspolitik, andere sprachen sich für eine Kontrolle der Konzerne und Finanzmärkte aus. Doch wie die Allgemeinheit etwas kontrollieren soll, was ihr nicht gehört, erklärte niemand. So hörte man auf den Konferenzen Reden von „ExpertInnen", die nicht diskutiert werden konnten und einen völlig anderen Inhalt hatten, wie die Debatten, die auf den Fluren und den kleineren Seminaren und Workshops und bei den TeilnehmerInnen des Jugendcamps stattfanden. Hier wurde die Frage eines anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems debattiert und auf der zweitägigen Jugendkonferenz forderten nicht nur die Redner aus Argentinien, Palästina und Brasilien eine sozialistische Welt.

Während sich in New York Anfang Februar Repräsentanten des Industrie und Finanzkapitals auf dem Weltwirtschaftsforum trafen, kamen zeitgleich Tausende aus aller Welt auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre zusammen, um gegen die kapitalistische Globalisierung zu protestieren

Wie weiter?

Die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung braucht einen starken sozialistischen Flügel, der die Debatte um die Vision einer anderen Welt voran treiben kann. Sie muss den Brückenschlag vollziehen zu den Kämpfen der ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen Entlassungen, Armut, Privatisierungen und Bildungsabbau, die täglich überall auf der Welt zunehmen.

Das WSF war Erfolg und Herausforderung für die Bewegung. Wir haben allen KritikerInnen bewiesen, dass wir noch da sind – und zwar stärker als jemals zuvor. Wenn wir diese Stärke nutzen wollen, müssen wir den Kampf für eine andere Welt als Kampf für ein anderes System verstehen. Aus „eine andere Welt ist möglich" muss „eine sozialistische Welt ist nötig" werden. ■

Eine ausführliche Analyse des WSF ist unter www.sav-online.de abzurufen

8. März – Internationaler Frauentag

Frauen und Globalisierung

Kapitalistische Globalisierungspolitik ist die Zerschlagung von allem, was den unbeschränkten weltweiten Handel mit Finanzen und Devisen, Waren und Dienstleistungen hemmen könnte. Neben Schutzgesetzen, die einzelnen Staaten zum Schutz ihrer Wirtschaft vor Konkurrenz von außen geschaffen haben, handelt es sich vor allem um Gesetze, die von der Arbeiterbewegung und durch soziale Proteste erkämpft wurden, um Menschen und Umwelt vor der rücksichtslosen Ausbeutung durch die mächtigen Banken und Konzerne zu schützen. Betroffen sind Arbeitnehmerschutzgesetze, Lebensmittelsubventionen, Schutzzölle, Umweltstandards, soziale Vergaberichtlinien, aber auch staatliche Versorgungseinrichtungen in Bereichen wie Gesundheit, Kinderbetreuung, Bildung oder öffentlicher Verkehr.

Von Ianka Pigors, Bremen

Weltweit leisten heute 40 Prozent der Frauen Erwerbsarbeit. Dennoch leisten sie auch den Hauptteil der Hausarbeit, egal ob in der Familie nur der Mann, Mann und Frau, oder auch nur die Frau arbeiten geht. In Deutschland erledigen Frauen in heterosexuellen Partnerschaften 2/3 der Hausarbeit. Frauenerwerbsarbeit wird als „Nebentätigkeit" zur Hausarbeit betrachtet, selbst wenn es sich um eine 60-Stundenwoche handelt.

Dieses bürgerliche Rollendenken spiegelt sich in den Arbeitsbedingungen von Frauen wider. Frauen verdienen weltweit 1/3 weniger als Männer. Sie arbeiten vor allem in hochflexibilisierten, ungesicherten und deregulierten Beschäftigungsverhältnissen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren im Jahre 2000 in Deutschland 65 Prozent aller Arbeitsplätze mit 36-40 Stundenwoche in der Hand von Männern, während Frauen 86 Prozent aller 15- 20 Stunden-Jobs hatten. In Deutschland sind 2/3 aller geringfügig Beschäftigten Frauen. Frauen sind viel seltener gewerkschaftlich organisiert.

So kommt es, dass Frauen zwar 2/3 der gesamten gesellschaftlichen Arbeit auf der Welt leisten, aber noch nicht einmal 1 Prozent des Vermögens besitzen und nur etwa 36 Prozent der Einkünfte aus Erwerbsarbeit erhalten.

Frauen als Billigarbeitskräfte

Für Arbeitsverhältnisse von Frauen galt nie, was für Arbeitsplätze von Männern als Idealbild gesellschaftlich akzeptiert wurde: Ein lebenslanges Arbeitsverhältnis mit festen Arbeitszeiten und einem Lohn, mit dem man(n) eine Familie ernähren kann.

Dadurch wurden Frauen in den Augen der multinationalen Konzerne zu den Traum- ArbeiterInnen. Die Frauen und Mädchen aus Haiti, Malaysia, Thailand, Bangladesh, Kolumbien, China etc. können, ohne dass sich irgendjemand über ihre Rechte Gedanken macht, zu Hungerlöhnen zum Beispiel in der

Auf der einen Seite ist der Entwicklungshilfeetat gemessen am Gesamthaushalt unter Rot-Grün so niedrig wie seit 35 Jahren nicht mehr – auf der anderen Seite wird die Abschiebepolitik fortgesetzt, wogegen hier vor den Berliner Abschiebegefängnissen protestiert wird

Textil-, Spielzeug-, Elektronik- und Schuhindustrie ausgebeutet werden. Ihre schlechte gesellschaftliche Stellung macht sie besonders wehrlos gegen Ausbeutung. Im Wettlauf um ausländische Investitionen stellen die Regierungen den Konzernen „Freihandelszonen" zur Verfügung. Dort gelten weder Arbeitsschutzgesetze, noch gewerkschaftliche Rechte oder Umweltauflagen. Diese modernen Zentren der Sklaverei werden von den ArbeiterInnen „sweatshops" genannt. In ihnen sind Arbeitszeiten von 12-14 Stunden am Tag normal. Überstunden werden nicht bezahlt, wer krank wird, fliegt raus. Die „sweatshops" stellen fast ausschließlich Massenkonsumwaren für den Export her. 80 Prozent der ArbeiterInnen sind weiblich.

McJobs und Arbeitslosigkeit

Durch die Einsetzung von Frauen in „globalisierten" Arbeitsverhältnissen und „McJobs" geraten zunehmend auch die „männlichen" Normalarbeitsverhältnisse unter Druck. Der männliche Familienernährer, der den Unterhalt „seiner" Frau und „seiner" Kinder sichert, wird heute, wo die kapitalistische Krise zu Massenarbeitslosigkeit geführt hat, oft wegrationalisiert. Die früheren „Nebenverdienste" werden langsam aber sicher zur festen Einnahmequelle. Auch hier. In Deutschland lebten 1991 69 Prozent aller Nicht-Sozialversicherten (also Arbeitslose, geringfügig Beschäftigte, Kinder und Rentner) mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Vollzeit-Beschäftigen zusammen. 1994 war dieser Anteil schon auf 55 Prozent gesunken. Durch diesen Prozess verarmen ganze Familien.

Sozialer Kahlschlag

Die heutige Globalisierungspolitik setzt nicht nur Regelungen außer Kraft, die dem Schutz der Beschäftigten dienen sollen. Sie führt auch zum Rückzug des Staates aus dem Sozialbereich. Bildungs-, Gesundheits- und Versorgungseinrichtungen werden privatisiert oder geschlossen.

Die Strukturanpassungsprogramme des IWF und der Weltbank zwangen zum Beispiel Tansania dazu, seinen Haushalt für Bildung drastisch zu kürzen. Dies führte

Massenproteste vor einem Jahr auf den Philippinen, die zum Sturz des Präsidenten Estrada führten. Unter Estrada wurden für die Multis „Freihandelszonen" eröffnet, in denen besonders junge Frauen ausgebeutet werden

dort dazu, dass zwischen 1980 und heute der Anteil der Kinder, die eine Grundschule besuchen können, von 80 auf 50 Prozent gesunken ist. In Lusaka in Sambia wurde das größte Krankenhaus privatisiert. Nun gibt es nur noch ärztliche Betreuung für Patienten, die 36 Dollar im voraus bezahlen können. Wie viele sich das leisten können, lässt sich ausrechnen, wenn man weiß, dass das BSP in Sambia pro Kopf und Jahr 330 Dollar beträgt.

Nicht nur in der „Dritten Welt", auch in Deutschland findet sozialer Kahlschlag statt. In Sachsen-Anhalt wurden beispielsweise zwischen 1994 und 1997 4.000 von 16.000 Kita-, Hort- und Krippenplätzen vernichtet. Frauen sind von diesem Sozialabbau besonders betroffen, weil sie als verantwortlich für die Versorgung und Betreuung der Familie angesehen werden. Die Aufgaben, die der Staat nicht mehr übernimmt, fallen auf die Frauen zurück.

Der Sozialabbau in diesen Bereichen führt massiv zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und zum Verlust von sicheren und relativ qualifizierten Frauenarbeitsplätzen. Während der Frauenanteil in der BRD im produzierenden Gewerbe 2000 bei 24 Prozent lag, betrug er zum gleichen Zeitpunkt im Bereich der nicht-handelsbezogenen Dienstleistungen (Verwaltung, Gesundheit etc.) über 57 Prozent.

Kriegsfolgen

Der Kapitalismus globalisiert nicht nur den Handel, sondern auch militärische Konflikte. Die ersten Opfer dieser Kriege sind immer Frauen und Kinder. Sie sind die zumeist die „Kollateralschäden". Millionen Frauen sind mit ihren Kindern auf der Flucht vor politischer Verfolgung und Krieg. Gerade in Kriegen ist sexuelle Gewalt ein Mittel, um die Gegenseite einzuschüchtern und zu demütigen. Im Jammu/Kaschmir-Konflikt sollen indische Sicherheitskräfte Hunderte von Frauen vergewaltigt haben.

Diese Beispiele zeigen, dass Frauen die ersten Verliererinnen der Globalisierung sind. Sie machen jedoch auch deutlich, dass die besondere Ausbeutung der Frauen in der kapitalistischen Globalisierung immer nur der Einstieg ist, um Verschlechterungen für alle ArbeiterInnen durchzusetzen. Einen erfolgreichen Kampf gegen den Ausverkauf unserer Rechte und unseres Lebensstandards kann es nur in der gemeinsamen solidarischen Gegenwehr von männlichen und weiblichen ArbeiterInnen und Arbeitslosen geben. ■

Philippinen

„Wir sind alle Carmelita!"

In Cavite gibt es kein Gespräch über Überstunden, bei dem nicht von Carmelita Alonzo die Rede wäre, die nach Aussage ihrer Arbeitskollegen an Überarbeitung starb. Wie mir immer wieder – durch Gruppen von Arbeitern im Workers' Assistance Center und durch einzelne Arbeiter in persönlichen Interviews – berichtet wurde, war Carmelita Alonzo eine Näherin in der Fabrik V. F. Fashions, wo für Gap, Liz Clayborne und viele andere Marken Kleidung genäht wird. Alle Arbeiter, mit denen ich sprach, wollten unbedingt, dass ich über diese Tragödie Bescheid wusste, damit ich „den Menschen in Kanada, die diese Produkte kaufen", davon berichten könnte. Carmelita Alonzo starb nach einer langen Serie von Nachtschichten während einer besonders arbeitsreichen Hauptsaison. *„Es standen große Lieferungen an, und niemand durfte nach Hause"*, erinnert sich Josie, deren Bluejeans-Fabrik derselben Firma gehört wie Carmelitas und damals ebenfalls große Aufträge hatte. *„Im Februar wurden eine Woche lang fast jeden Tag Nachtschichten angeordnet."* Carmelita Alonzo musste nicht nur in diesen Schichten arbeiten, sie hatte auch einen zweistündigen Nachhauseweg zu ihrer Familie. Sie litt an einer Lungenentzündung – eine Krankheit, die in den tagsüber stikkig heißen, nachts jedoch durch Kondenswasser feuchtkalten Fabriken häufig auftritt – und bat ihren Vorgesetzten um einen Genesungsurlaub. Er lehnte ab. Schließlich musste sie ins Krankenhaus eingeliefert werden. Sie starb 1997 am 8. März – dem Internationalen Frauentag.

Ich fragte eine Gruppe Arbeiter, die sich spät abends um den langen Tisch im Zentrum versammelt hatten, wie sie über Carmelitas Schicksal dächten. Die Antworten waren zunächst verwirrend: *„Was wir denken? Aber wir sind alle Carmelita!"* Dann jedoch gab Salvador, ein hübscher 22-jähriger Arbeiter ans einer Spielzeugfabrik, eine Erklärung, bei der alle zustimmend nickten. *„Carmelita starb an den Überstunden. Das kann jedem von uns passieren"*, sagte er, wobei seine Worte merkwürdig schlecht zu seinem blassblauen T-Shirt mit der Aufschrift Beverly Hills 90210 passen wollten.

Auszug aus Naomi Kleins' „No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht – Ein Spiel mit vielen Verlieren und wenigen Gewinnern" (Verlag Riemann/One Earth Spirit)

Sweatshop

Spiel und Spaß mit Nike!

Auf der Website von Nike findet sich das Angebot der Firma, dass die Kunden die von ihnen bestellten Laufschuhe personalisieren können, indem sie unterhalb des Markenzeichens („swoosh") eine von ihnen selbst gewählte Zeile einsticken lassen. Der Kunde Jonah Peretti nahm eine Bestellung vor und schickte die geforderten 50 Dollar, um das Wort „sweatshop" auf seine Schuhe sticken zu lassen. Folgender elektronische Briefwechsel spielte sich zwischen der Firma Nike und ihrem neuen Kunden ab:

Von Personalize NIKE iD an Jonah Peretti:

Ihr NIKE iD-Auftrag wurde storniert aufgrund einer der folgenden Ursachen:

1)Ihre Personal iD enthält die Marke oder das geistige Eigentum einer anderen Firma

2) Ihre Personal iD enthält den Namen eines Sportlers oder Teams, die zu benutzen wir nicht berechtigt sind.

3) Ihre Personal iD war nicht ausgefüllt. Wollen Sie keine Personalisierung?

4) Ihre Personal iD enthält einen unanständigen Ausdruck oder ein Schimpfwort, und nebenbei, Ihre Mutter würde auf uns losgehen.

Wenn Sie Ihren Auftrag neu erteilen wollen mit einer geänderten Personalisierung, besuchen Sie uns auf unserer Homepage.

Vielen Dank, Nike iD

Von Jonah H. Peretti an Nike :

Ich grüße Sie. Meine Bestellung wurde storniert, aber meine persönliche Nike iD verletzt keine der Kriterien, die in Ihrer Botschaft angegeben waren. Die persönliche iD auf meinen ausgewählten ZOOMXC USA Laufschuhen war das Wort „sweatshop".

„Sweatshop" ist weder/noch

1) die Marke einer anderen Firma

2) der Name eines Sportlers

3) ohne Angabe

4) ein Schimpfwort.

Ich wählte dieses iD, weil ich mich an die Mühe und Arbeit der Kinder erinnern wollte, die meine Schuhe hergestellt haben. Würden Sie mir daher bitte die Schuhe umgehend zusenden.

Mit Dank und Wünschen für ein glückliches Neues Jahr, Jonah Peretti

Verehrter NIKE iD-Kunde!

Ihre Bestellung wurde storniert, weil das iD, das Sie gewählt haben, wie bereits in einem früheren e-Mail festgestellt wurde, einen unangemessenen Slang-Ausdruck enthält. Wenn Sie Ihre Bestellung erneuern möchten, besuchen Sie bitte wieder unsere Homepage.

Vielen Dank, NIKE iD

Verehrte NIKE iD,

Ich danke Ihnen für Ihre umgehende Antwort auf meine Anfrage über die Bestellung meiner ZOOM XC USA Laufschuhe. Obwohl ich Sie wegen Ihres raschen Kundenservice empfehlen kann, bin ich nicht einverstanden mit Ihrer Behauptung, dass meine persönliche iD ein unangemessener Slang-Ausdruck sei. Als ich Websters Wörterbuch zu Rate zog, entdeckte ich, dass „sweatshop" tatsächlich zum Wortschatz des Standard-Englisch gehört. Das Wort bedeutet: „Ein Laden oder Fabrikationsbetrieb, in dem Arbeitskräfte bei langen Arbeitszeiten, niedrigen Löhnen und unter ungesunden Arbeitsbedingungen beschäftigt werden", und der Ursprung dieses Ausdrucks datiert von 1892. Auf diese Weise erfüllt mein persönliches iD die Kriterien.

Ihre web-site preist an, dass das NIKE iD Programm „die Freiheit der Wahl und die Freiheit des persönlichen Ausdrucks" zum Inhalt hat. Ich teile diese Liebe von NIKE zu Freiheit und persönlichem Ausdruck. Ich war fasziniert von der Möglichkeit, meine eigenen Schuhe zu machen und ich habe mein persönliches iD als ein kleines Stück Anerkennung für die Sweatshop-Arbeiter, die mir geholfen haben, meine Vorstellung zu verwirklichen, verstanden.

Jonah Peretti

In den „Freihandelszonen" müssen überwiegend junge Frauen oft 14-16 Stunden täglich Turnschuhe für Reebok, Nike oder T-Shirts für Gap zu Hungerlöhnen herstellen

Lieber NIKE iD-Kunde!

Was die Regeln der Personalisierung betrifft, wird auf der NIKE iD web-site festgestellt: „Obwohl wir fast jedes persönliche iD anerkennen, können wir nicht alle akzeptieren. Manche sind (oder enthalten) fremde Handelsmarken, professionelle Sportteams, Athleten oder Berühmtheiten, die NIKE nicht verwenden darf. Andere können Dinge enthalten, die wir für ungeeignet halten oder einfach nicht auf unseren Produkten verwenden wollen.

Unglücklicherweise zwingt uns das manchmal, persönliche iDs abzulehnen, die sonst unangreifbar wären. In jedem Fall werden wir es Sie wissen lassen, ob wir Ihr persönliches iD ablehnen und wir bieten Ihnen die Möglichkeit an, ein anderes zu beantragen."

Wenn wir uns an diese Regeln halten, können wir Ihrer Bestellung nicht nachkommen. Wenn Sie Ihr NIKE iD Produkt neu bestellen möchten, besuchen Sie uns bitte wieder auf unserer homepage.

Vielen Dank, NIKE iD

Verehrte NIKE iD

Ich danke Ihnen für die Zeit und Energie, die Sie für meine Anfrage aufgewendet haben. Ich habe mich entschieden, die Schuhe mit einer neuen iD zu bestellen, aber ich würde gern eine kleine Bitte äußern. Könnten Sie mir bitte ein Farbfoto der zehnjährigen Vietnamesin schikken, die meine Schuhe näht?

Vielen Dank, Jonah Peretti

Keine Antwort von NIKE.

Erfolg für McDonald´s-Beschäftigte in Frankreich

„Wir sind keine Hacksteaks." Mit dieser Parole haben Beschäftigte von McDonald´s in Paris 115 Tage lang gestreikt. Begonnen hatte der längste Arbeitskampf der Fast-Food-Geschichte, als fünf KollegInnen wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten entlassen wurden. Mit zunehmender Dauer richtete sich der Protest immer mehr gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und Bezahlung, gegen prekäre, ungeschützte Arbeitsverhältnisse insgesamt.

Nach und nach beteiligte sich eine wachsende Zahl von Beschäftigten anderer Betriebe an den Aktionen der Streikenden, so KollegInnen von Pizza-Hut, den Virgin-Supermärkten für Bücher auf dem Champs-Élysées und dem Euro-Disney-Park.

Jeden Samstag blockierten AktivistInnen des Unterstützungskomitees, in dem 50 gewerkschaftliche und linke Organisationen zusammengeschlossen sind, eine andere Filiale des Fast-Food-Konzerns.

Nach 115 Tagen haben die KollegInnen nun einen ersten großen Erfolg errungen:

McDonald´s musste die Entlassungen zurücknehmen, einen Teil des streikbedingten Lohnausfalls zurück zahlen und Verhandlungen über Lohnerhöhungen in seinen 800 französischen Filialen eröffnen.

Das zeigt, dass auch in extrem deregulierten, durch Niedriglöhne und Individualisierung geprägten Bereichen, für die McDonald´s ein Symbol ist, erfolgreiche Kämpfe geführt werden können.

Protest gegen Deregulierung in Italien

100.000 demonstrierten am 15. Februar in Rom gegen die arbeiterfeindliche Politik der rechten Berlusconi-Regierung.

Die Demonstration war von den Basisgewerkschaften Cobas, Cub, Rdb und anderen organisiert worden, nachdem die Führer der drei größten Gewerkschaften Italiens Cgil, Cisl und Uil einen für diesen Tag geplanten Generalstreik im öffentlichen Dienst abgesagt hatten. Ohne die betroffenen Mitglieder zu konsultieren, haben die Führer dieser Gewerkschaften am 4. Februar einen Vertrag unterzeichnet, der im Bezug auf Löhne, Arbeitsbedingungen und –sicherheit in keiner Weise angemessen ist.

Der Unmut, den das in diesen Gewerkschaften ausgelöst hat, hat sich darin ausgedrückt, dass viele Mitglieder der Cgil dennoch an der Demonstration teilgenommen haben. Hätte sich die Führung an den Beschluss für einen umfassenden Generalstreik im öffentlichen Dienst gehalten, den der Cgil-Kongress eine Woche zuvor gefällt hatte, dann wären nicht weniger als eine Million Beschäftigte auf der Straße gewesen.

Einer der wichtigsten Streitpunkte ist das Vorhaben der Regierung, den Artikel 18 des Arbeitsgesetzes von 1970, das in den Kämpfen Ende der 60er Jahre durchgesetzt wurde, abzuschaffen. Dieser Artikel gibt den ArbeiterInnen zumindest geringe Möglichkeiten, sich gegen „ungerechte" Entlassungen zu Wehr zu setzen.

Am 23. Februar demonstrierten erneut 40.000 Menschen in Rom gegen die Regierung. Anlass war der zehnte Jahrestag der Anti-Korruptionskampagne, in deren Verlauf auch Berlusconi wegen Bestechung und Bilanzfälschung verurteilt worden war.

Was will die SAV?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV

Die Sozialistische Alternative – SAV wurde 1994 um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD- und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, dass gewählte VertreterInnen nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, die Massen der arbeitenden Be-völkerung gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im Komitee für eine Arbeiterinternationale zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die SPD/Grünen-Bundesregierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und die Herrschaft der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Die Krise der Marktwirtschaft wird auch unter der Schröder/Fischer-Regierung auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Sozialabbau und Privatisierungen auf der einen Seite und Steuergeschenke an die Unternehmer auf der anderen Seite sind auch nach dem Regierungswechsel an der Tagesordnung geblieben. Einen Politikwechsel hat es nicht gegeben. Neu ist nur, dass Deutschland wieder Kriege führt. Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft, in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger. ■

Wofür wir kämpfen:

Arbeit für alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege – Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern, die sich in den Taschen der Superreichen befinden
- ★ Verteilung der Arbeit auf alle 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 1.050 Euro netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung und der SPD/Grünen Koalition
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen

Jugend

- ★ Einstellung aller arbeitslosen LehrerInnen und Senkung der Klassenstärke auf maximal 15 SchülerInnen sowie Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule
- ★ Nein zu Studiengebühren Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien BaföG von 800 Euro netto
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe aller Unternehmen Schaffung von öffentlichen, überbetrieblichen Ausbildungszentren
- ★ Für staatlich finanzierte, selbstverwaltete Jugendzentren in jedem Stadtteil

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung vom 1. bis zum 13. Lebensjahr

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stillegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten, Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht Nein zu Bündnissen und Runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zur Europäischen Währungsunion
- ★ Nein zu weiteren Euro-Opfern

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen
- ★ Statt Produktion für den Profit – Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Impressum
Littenstr. 106/107, 10179 Berlin
Telefon: (030) 24723802,
Fax (030) 24723804,
e-mail:redaktion@sav-online.de

Überregionale marxistische Monatszeitung – Erscheint seit 1973
Herausgeber: Sozialistische Alternative (VORAN) e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Aron Amm
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindung:
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

http://www.sav-online.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25.Februar Die nächste Zeitung erscheint am 30.März

Sozialismus Tage 2002

Gegen Globalisierung, Krieg und Kapitalismus – wie weiter für die neue Linke?

Berlin ★ 29.–31. März
Jugendkulturzentrum
Pumpe
Lützowstr. 42
(U1, U2, U4 bis Nollendorfplatz)

Auftaktveranstaltung, Fr 29. März, 19 Uhr:

Sozialismus international

SozialistInnen legen die Gründe für die kapitalistische Weltkrise, die Kriegspolitik der USA und das Elend der „Dritten Welt" dar

- Tony Saunois (Foto) ist Generalsekretär des CWI. Er war Delegierter beim Weltsozialforum in Porto Alegre
- Doreen Ullrich ist Sprecherin von widerstand international!/International Socialist Resistance
- Kim Opgenoorth ist Mitglied im SAV-Bundesvorstand. Sie wird über die Aufgaben für die Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung sprechen
- Dimitri Silveira ist Mitglied von Socialismo Revolucionario, der Gruppe des CWI in der brasilianischen Arbeiterpartei (PT). Er hat Argentinien von Dezember bis März besucht und wird über den Volksaufstand berichten
- Kwang Woo Hwang gehört dem Vorstand der südkoreanischen Demokratischen Arbeiterpartei an

Samstag und Sonntag ab 10 Uhr Diskussionen in Arbeitsgruppen unter anderem zu:

- Wie weiter nach dem WSF in Porto Alegre? (mit Tony Saunois und anderen Teilnehmern)
- Nach Göteborg, Genua und Brüssel – welche Inhalte und Methoden für die antikapitalistische Bewegung (mit ATTAC, Indymedia, PGA)
- Plan statt Markt – der Weg aus der Weltwirtschaftskrise?
- Die Linke und die Bundestagswahlen

Abschlussveranstaltung, So 31. März, 13.30 Uhr:

Die Welt in der Krise

- Philip Locker (Foto) von der CWI-Sektion in den USA, Sascha Stanicic, Mitglied der SAV-Bundesleitung und Nelli Tügel von widerstand international! zeigen ein Programm für den Widerstand gegen die kapitalistische Krise auf.

Jetzt anmelden!

Anmeldung unter:
030 / 24 72 38 02 oder info@sav-online.de

Tageskarten kosten:
- am Freitag 3 €
- Samstag und Sonntag jeweils 6 €
- 12 € für das gesamte Wochenende

- Für TeilnehmerInnen, die zusammen mit der SAV aus anderen Orten anreisen, sind es 60 € inklusive Fahrt, Unterbringung und Verpflegung

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

Aachen
OG Ost: Dienstags, 19 Uhr, im SAV-Büro, Eifelstr. 13
OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, SAV-Büro, Eifelstr.13
OG Mitte/West: Mittwochs, 19 Uhr, „Ché-Haus", Pontstr. 41
✆ 0241 - 50 86 85 e-Mail: aachen@sav-online.de

Berlin
OG Prenzlauer Berg - Süd: Mittwochs, 19 Uhr, im „Mädchentreff" Lotte, Lottumstr./Ecke Christinenstr. (Eingang Christinenstr.) U-Bhf. R.-Luxemburgplatz
OG Prenzlauer Berg - Nord: Donnerstags, 19 Uhr, im „Kiezladen", Dunckerstr. 14 (Nähe U-Bhf Eberswalder)
OG-Friedrichshain: Montags, 19 Uhr, im „Utopia", Weidenweg 62 (Nähe Bersarinplatz, U-Bhf Frankfurter Tor)
OG Kreuzberg: Donnerstags, 19 Uhr, im „Eiertanz", Admiralstr. 17 (U-Bhf Kottbusser Tor)
✆ 030 - 44 08 429 e-Mail: berlin@sav-online.de

Bremen
Mittwochs, 19 Uhr, im „Freizi" Friese, Friesenstr. 110 (Haltestelle Linie 2, 3, 10 Brunnenstr.)
✆ 0421 - 5 57 68 97 e-Mail: bremen@sav-online.de

Bremerhaven
Infos unter ✆ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale oder bremerhaven@sav-online.de

Dresden
Mittwochs, 19 Uhr, im „Coloradio", Jordanstr. 05 (HH)

Greifswald
Infos unter ✆ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale

Hamburg
OG Altona: Dienstags, 19 Uhr, im „Eine-Welt-Netzwerk", Große Bergstr. 255
OG Eimsbüttel: Mittwoch, 19 Uhr, im „Mieke Meier", Müggenkamps tr. 34
✆ 0178 - 2068489 e-Mail: hamburg@sav-online.de

Kassel
Montags, 19 Uhr, im Kulturzentrum „Schlachthof", Mombachstr. 12
✆ 0561 - 92 235 22 e-Mail: kassel@sav-online.de

Heinsberg
✆ 0179 - 8520570 e-Mail: heinsberg@sav-online.de

Köln
OG Innenstadt: Dienstags, 19.30 Uhr, im „Allerweltshaus", Körnerstr. 77-79 (Ehrenfeld)
OG Kalk: Donnerstags, 19.30 Uhr, im „Naturfreundehaus", Kapellenstr. 9 a (U-Bahn Kalk Kapelle)
✆ 0221 - 83 06 381 e-Mail: koeln@sav-online.de

Mönchengladbach
moenchengladbach@sav-online.de

Rostock
OG Innenstadt: Donnerstags, 19 Uhr, im „Club der Volkssolidarität", Lagerstr. 18 (Am Stadthafen)
OG Dierkow: Donnerstags 19 Uhr, im SAV-Büro, Dierkower Damm 38 D, (Straßenbahnhaltestelle Dierkower Damm)
✆ 0381- 499 65 90 e-Mail: rostock@sav-online.de

Saarbrücken
✆ 0178 - 6136134 e-Mail:s aar@sav-online.de

Siegen
Mittwochs, 19 Uhr, im „Zentrum für Friedenskultur", Alte Poststr. 14-16 (Oberstadt)
e-Mail: siegen@sav-online.de

Stuttgart
OG Süd/Ost: Dienstags, 19.30 Uhr, in der Ostendstr. 77/1, 1. Stock (Haltestelle Ostendplatz),
OG Nord/West: Mittwochs, 19.30 Uhr, im „Naturfreundeladen" Senefelderstr. 19 (Haltestelle Feuersee)
✆ 0711 - 870 34 65 e-Mail: stuttgart@sav-online.de

Trier
Infos über Christoph:
✆ 0651 -99 165 17 e-Mail: trier@sav-online.de

Sonstiger Kontakt zu folgenden Städten:
Bernau, Darmstadt, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Freiburg, Göttingen, Heidelberg, Karlsruhe, Kiel, Mannheim (e-Mail: sav-mannheim@gmx.de ✆ 0162-5669256), Oldenburg, Schönau, Solingen
über die SAV-Bundeszentrale ✆ 030 – 24 72 38 02

Gegen die Medienmacht der Konzerne

Pressefreiheit mit Monopoly?

Trotz Internet und Multimedia: 78 Prozent der Bevölkerung in Deutschland ziehen ihre Informationen aus Tageszeitungen. Die Zeitung gilt als das Medium mit der höchsten Glaubwürdigkeit. Doch auch hier geben Monopole den Ton an. Das ist eigentlich ein Skandal, dessen Aufdeckung viele interessieren würde. Nichts dergleichen geschieht. Dabei würde das Thema hohe Verkaufsquoten sichern. Aber sollen die Verleger ihre eigenen üblen Geschäfte und Methoden offenlegen?

Von Kim Opgenoorth, Köln

Ob es um einen Kriegseinsatz geht oder um die Lohnforderungen in der Tarifrunde, Zeitungsverleger sind nicht neutral. Zeitungsverleger profitieren von den Gesetzen der Marktwirtschaft. Sie werden den Teufel tun, diese in Frage zu stellen. Anstatt eines Kontrollorgans, wie sich viele wünschen, sind die Medien eine meinungsmachende Instanz: Die herrschende Meinung ist die der Herrschenden.

Leo Kirch, Medienzar, jetzt Pleite

Kritik wird natürlich zugelassen und Ungerechtigkeiten werden erwähnt. Wir leben nicht im Faschismus. Wirkliche Demokratie und Pressefreiheit sieht jedoch anders aus. In 43 von 83 Großstädten besteht entweder ein örtliches Zeitungsmonopol oder es existieren zwei Zeitungen, die vom gleichen Verleger herausgegeben werden.

Kein Wunder, wenn die Berichterstattung in den Medien weder neutral noch objektiv ist. Wie soll sie auch, in einer Gesellschaft, in der die Minderheit der Eigentümer von Banken, Konzernen und Versicherungen entscheidet? Dabei werden die eigenen Interessen gut gehütet, auch gegen ausländische Unternehmer. So stand beispielsweise bei der Pleite des Kirch-Konzerns, zu dem neben der Pro-7-Sat-1-Gruppe (inklusive Kabel 1, DSF und Premiere World) eine Verflechtung mit dem Springerkonzern (Bild, Welt) gehört, für die deutschen Gläubiger im Vordergrund eine „nationale Lösung" zu finden und den australischen Medienzar Murdoch (fünft größter Medienkonzern der Welt) abzuwehren. Wenn doch einmal etwas schief zu laufen droht aus Sicht der Herrschenden, wird durchgegriffen: Während des Pilotenstreiks hatte zum Beispiel die Süddeutsche Zeitung nach Ansicht der Lufthansa zu pilotenfreundlich berichtet. Flugs wurde die Süddeutsche nicht mehr in den Flugzeugen ausgelegt und mehrere tausend Abos gekündigt.

Macht der Medienmonopole

Deutlich wird die Monopolisierung bei der Aufteilung des Marktes: Von den 350 Tageszeitungen sind fast 30 Prozent in den Händen von fünf großen Verlagen, vier Konzerne teilen sich 36 Prozent des Anzeigenmarktes. Gruner + Jahr (Bertelsmann), Springer, die Georg von Holtzbrinck GmbH und die WAZ stehen an der Spitze des heißumworbenen Werbegeschäfts. Für die Großverleger sind ihre eigenen Produkte keine (vertrauenswürdigen) Informationsquellen, sondern Werbeblätter mit etwas Text zwischen den Anzeigen.

Hier interessiert nur Auflagenstärke, Anzeigenumfänge, Werbeumsätze. Dies ist nicht verwunderlich: Der Großteil der Erlöse stammt aus den Anzeigeneinnahmen. Selbst Zeitungen, die den Ruf haben seriös zu sein, wie FAZ oder Süddeutsche Zeitung, räumen viertelseitige, halbseitige oder sogar ganzseitigen Werbeanzeigen viel Platz ein.

Markt = Einfalt

Die Entwicklung des Zeitungsmarktes in den letzten Jahrzehnten beweist: Freie Marktwirtschaft verträgt sich nicht mit Pressevielfalt. Ein Presseunternehmen muss um sein eigenes Überleben zu sichern seinen eigenen Marktanteil ausbauen. Die logische Schlussfolgerung daraus ist, führender oder, besser noch, alleiniger Anbieter vor Ort zu werden. Koste es was es wolle. Das Schlucken von kleineren Zeitungen hat schon in den 50er Jahren ein massives Zeitungssterben ausgelöst. 10 Jahre später wurden Zeitungen in zweitrangiger Marktposition geschluckt. Die Pressekonzentration hat solche Ausmaße angenommen, dass 1975 ein Gesetz zur Pressefusionskontrolle verabschiedet wurde – nachdem der Zeitungsmarkt zwischen den großen Verlagen bereits aufgeteilt war. Gesetz hin oder her, der Markt hat seine eigene Dynamik. Auch danach konnte und wollte diese Entwicklung nicht gestoppt werden. Im Gegenteil: In Ostdeutschland wurden nach der Wende die ehemaligen lokalen, auflagenstarken SED-Bezirkszeitungen mitsamt technischer Einrichtungen an westdeutsche Großkonzerne verkauft. Dies hat zum größten Konzentrationsschub in der deutschen Pressegeschichte geführt.

Keine Chance

Von einem freien Wettbewerb kann auf diesem Markt keine Rede sein. Der Anteil von kleinauflagigen Zeitungen (unter 5.000) ist von 45 Prozent nach Ende des Zweiten Weltkriegs auf 0,46 Prozent (1999) gesunken Quelle: Schütz/BDZV). Große Zeitungen haben wegen der auflagenunabhängigen Vorbereitungskosten (Redaktion, Satz) und der Vergabepraxis bei Anzeigen extreme Marktvorteile. Marktzutritt über Neugründungen ist so gut wie unmöglich.

Beispiel WAZ

Die WAZ-Gruppe hat zwischen der niederländischen Grenze und Ostwestfalen ein absolutes Monopol aufgebaut. Unliebsame Mitstreiter wurden aggressiv durch den Einsatz von kostenlosen Konkurrenzblättern aus dem Weg geräumt. Beim Neubau der Philharmonie in Essen gab es viele Gerüchte über unsaubere Geschäfte, aber keine Recherche der WAZ. Der Lokalchef ist Vorsitzender des Fördervereins der Philharmonie. Solche Geschichten gibt es in jeder Stadt.

Eigene Presse

„Wess Brot ich ess', dess' Lied ich sing." Die alte Volksweisheit behält ihre Gültigkeit im multimedialen Zeitalter. Eine Zeitung, die unabhängig sein will, kann nicht am Tropf von großen Geldgebern hängen. In Wahrheit gibt es keine unabhängige Information. Es gibt immer (mindestens) zwei Sichtweisen, aus deren Blickwinkel eine Meldung gesehen werden kann. Die Wortwahl, die Auswahl der Fakten und auch das, was weggelassen wird, gibt einer Nachricht, gewollt oder ungewollt, eine Färbung. Statt von sich selber zu behaupten unabhängig zu sein, sollten die heutigen Medien offen sagen, von wem sie finanziert werden, wessen Blickwinkel sie einnehmen und welchen Standpunkt sie haben.

Sicher ist, dass die Sichtweise von Großkonzernen und Mediengiganten in der heutigen Presselandschaft nicht zu kurz kommt, der Blickwinkel von Lohnabhängigen, SchülerInnen, RentnerInnen und Studierenden allerdings schon. Zeitungen, die eindeutig Interessen vertreten, nämlich die, der kleinen Leute, sind eine Stückchen Oase von Meinungsfreiheit, und sollten unterstützt werden. Eine Zeitung, die von ArbeiterInnen für ArbeiterInnen geschrieben wird, kann die Isolation aufheben, in der sich viele Menschen befinden. Sie kann eine sehr wichtige Rolle dabei spielen, Menschen mit ähnlichen Sorgen und Problemen zu verbinden, zusammenzuführen und mit Argumenten zu bewaffnen. Eine selbst organisierte Zeitung, deren LeserInnen selber schreiben, die Zeitung verbreiten und finanzieren ist notwendig, um eigene Themen zu besetzen und grundsätzliche Veränderungen herbeizuführen. ■

VORAN heißt ab April
Solidarität – Sozialistische Zeitung

Solidarität braucht eine sozialistische Zeitung

Dies ist die letzte Ausgabe der VORAN. Ab April wird die SAV die Solidarität - Sozialistische Zeitung herausgeben.

Von Seattle über Göteborg und Genua – die Bewegung gegen die Globalisierung der Mächtigen fordert eine andere Welt. Eine wachsende Zahl von Jugendlichen und Beschäftigten wehrt sich gegen die Diktatur der Banken und Konzerne. Mit der Wirtschaftskrise wird noch deutlicher, dass es notwendig ist, sich gegen dieses System und seine Auswirkungen zu wehren und Widerstand zu leisten. Bei all diesen Auseinandersetzungen setzen wir der Profitgier und Konkurrenz der Herrschenden die Solidarität von unten und den Kampf für eine sozialistische Alternative entgegen.

Dazu brauchen wir Informationen, Ideen und Debatten.

Wir haben seit Dezember 1973 mit der Zeitung VORAN dazu einen Beitrag geleistet, Erfahrungen international auszutauschen, Schlussfolgerungen zu diskutieren und die Ideen von Marx und Luxemburg auf die heutige Zeit anzuwenden. Dabei standen wir konsequent auf der Seite von Beschäftigten und Jugendlichen gegen Ausbeutung und Unterdrükkung und für eine sozialistische Alternative. Die VORAN positionierte sich vom ersten Tag an gegen die Diktatur der Banken und Konzerne im Westen, aber auch gegen die Diktatur einer abgehobenen Bürokratie in der DDR oder der Sowjetunion.

Seit Dezember '73 erscheint die VORAN

Eine neue Schicht von Aktiven der anti-kapitalistischen Bewegung und aus den Betrieben und Gewerkschaften heraus entwikkelt sich jetzt und verspricht, die Herrschenden herauszufordern. Die Umbenennung der VORAN in Solidarität – Sozialistische Zeitung soll ein Beitrag von uns dazu sein, in diese Auseinandersetzungen einzugreifen. Sie ist verbunden mit dem ehrgeizigen Ziel, die wachsende Rolle von sozialistischen Ideen in den kommenden Jahren zu unterstützen und uns, Beschäftigten und Jugendlichen, eine Zeitung für unsere Interessen zur Verfügung zu stellen. ■

Veranstaltungsreihe zu Porto Alegre

SAV-Bundessprecher Sascha Stanicic war Teilnehmer des Weltsozialforums im brasilianischen Porto Alegre (siehe Seite 8). Die SAV organisierte Mitte Februar eine Rundreise mit Rückberichten in acht Städten. Insgesamt kamen mehr als 350 BesucherInnen. Die Veranstaltung in Köln war von ATTAC organisiert worden und zählte allein 100 Gäste. In Köln wurden 85 Euro an Spenden gesammelt, die an die brasilianische MSE (eine von der dortigen SAV-Schwesterpartei mitgegründete Organisation von SchülerInnen und Studierenden, die gegen den Bildungsnotstand kämpft) gehen. Auf den SAV-Veranstaltungen wurden 450 Euro für die Arbeit des CWI in Argentinien gesammelt. ■

Bundesweiter Ratschlag von ATTAC

ATTAC, das mit seinen Mitgliedsorganisationen international zu den Mitveranstaltern vom WSF in Porto Alegre gehörte, führt vom 24. bis 26. Mai in Frankfurt am Main den nächsten bundesweiten Ratschlag durch.

Themen sind unter anderem Kampagnenarbeit, ATTAC-Erklärung, Strukturdebatte und Wahl eines neuen Koordinierungskreises. Infos unter: www.attac-netzwerk.de.

SAV-Mitglieder haben einen Vorschlag für die neue ATTAC-Grundsatzerklärung erarbeitet, den wir zur Diskussion stellen und der über die SAV-Bundeszentrale bezogen werden kann.

Internationaler Frauentag – 8. März

Aktion „Stoppt sexistische Werbung"

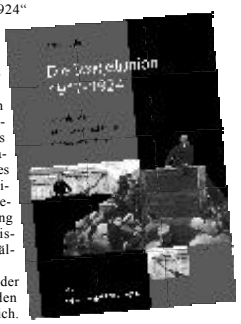
Diskriminierende, sexistische Darstellung von Frauen auf Werbeplakaten hat in den letzten Jahren drastisch zugenommen. Ob H & M, Lavazzo oder so genannte „Erotik-Messen" – aggressive sexistische Werbekampagnen bestimmen in vielen Städten immer wieder das Stadtbild.

SAV und wi! in Siegen führten daher am 2. Februar eine öffentliche Aktion durch, um sexistische Bild-Werbung zu überkleben (siehe Foto). Eine Passantin ermutigte sie, als sie die Blätter klebten: „Richtig so!"

Die SAV wird am Internationalen Frauentag, dem 8. März in einer Reihe von Städten öffentliche Überklebeaktionen gegen sexistische Werbung durchführen. Ein Überkleber mit der Aufschrift: „Stoppt sexistische Werbung" ist in der SAV-Bundeszentrale zu bekommen. ■

Neuerscheinung

„Die Sowjetunion 1917-1924" von Daniel Behruzi gibt eine Übersicht über die Ausgangsbedingungen und den Ablauf der Russischen Revolution. Es stellt die ersten Schritte des Arbeiterstaats in Russland nach dem erfolgreichen Sturz von Kapitalismus und Großgrundbesitz dar. Damit liefert es ein wertvolles Bild des Beginns einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Die Gleichsetzung von Leninismus und Stalinismus wird als Geschichtsfälschung entlarvt.



Es ist für 15 Euro bei der Bundeszentrale oder in den Ortsgruppen der SAV erhältlich.

Nachrichten aus der Internationale

Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI – Committee for a Workers International). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das CWI hat Parteien und Gruppen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Schweden

Die Sozialistische Gerechtigkeitspartei hat Ende Januar aktiv an Protesten gegen die Ermordung der kurdischen Frau Fadime Sahindal teilgenommen, die von ihrem eigenen Vater vor den Augen der Familienangehörigen erschossen worden war. Auf der Demonstration in Fadimes Heimatstadt nahmen 5.000 Menschen teil. In Stockholm gingen zweimal 700 Menschen auf die Straße.

Die von schwedischen CWI-Mitgliedern ins Leben gerufene Kampagne „Nenn mich nicht Hure" bekam eine riesige Resonanz. Die ermordete Frau war im letzten Jahr vor Gericht von ihrem Vater und ihrem Bruder tatsächlich mit „Hure" tituliert worden, weil sie ihnen im Bezug auf eine Beziehung nicht gehorcht hatte. Die OrganisatorInnen der ersten größeren Gedenkdemonstration riefen von der Plattform dazu auf, bei der Kampagne zu unterschreiben. Bei Aktionen vor Schulen und in den Stadtteilen konnten Ende Januar/Anfang Februar in kürzester Zeit Tausende von Unterschriften gesammelt werden.

Für den Internationalen Frauentag haben Mitglieder der Sozialistischen Gerechtigkeitspartei gemeinsam mit kurdischen Gruppen eine weitere Demonstration geplant.

Nordirland

Bei den Vorstandswahlen in der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes NIPSA (Northern Ireland Public Services Alliance) hat die Linke einen historischen Sieg davon getragen. Der Erfolg der Liste „Zeit für Veränderung", in der BasisaktivistInnen und SozialistInnen zusammengeschlossen sind, hat die jahrelange Kontrolle der Gewerkschaft durch rechte Bürokraten und Karrieristen beendet.

Die Liste, in der auch Mitglieder der Sozialistischen Partei (SP) aktiv sind, hatte 18 KandidatInnen für die 24 zur Wahl stehenden Sitze im nationalen Vorstand aufgestellt. 13 von ihnen, inklusive 6 SP-Mitgliedern, waren erfolgreich. SP-Mitglied Eimear Duffy erhielt die meisten und Carmel Gates, ein weiteres Parteimitglied, die drittmeisten Stimmen. Der rechte Flügel hatte vor allem versucht, gegen die Forderung der „Zeit für Veränderung"-Liste, dass alle Verhandlungsdelegierten der Gewerkschaft gewählt werden müssten, zu argumentieren und die Liste durch Hetze gegen die SP zu diskreditieren. Die Mitgliedschaft hat ihnen eine eindeutige Quittung dafür erteilt.

Adresse: CWI, PO Box 3688, London E11 1YE, GB
Tel.: 0044 20 8558 5814
Fax : 0044 20 8988 8793
e-Mail: CWI@worldsoc.co.uk
www.worldsocialist-cwi.org

Socialism

Solidaritätspreis 1,50 €

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 233 März 2002 0,50 € Solidaritätspreis 1,50 €

www.sav–online.de
SAV
info@sav-online.de
✆030-24723802

Kostenlose Bildung für alle

Angeblich herrscht im Bildungswesen in Deutschland Chancengleichheit. Chancengleichheit bedeutet gleichen Zugang zu Bildung, unabhängig von Herkunft oder Brieftasche. Das liest sich sehr schön. Dann denkt man an seine eigene Schule, Uni, Berufsschule oder Fachschule. Und erinnert sich, wozu man freien Zugang hat.

Von David Schultz, Hamburg

In Schulen stellt sich die Frage, ob Gebäude, Lehrposonal oder Bücher älter sind. Klassengrößen von 30 oder mehr sind keine Seltenheit; Unterrichtsausfall, da keine Vertretungslehrer frei sind; LehrerInnen, die mit immer höherer Stundenzahl belastet werden. Wenn da mal jemand beim Unterricht nicht mitkommt oder es gar wagen sollte, krank zu werden, kann da keine Rücksicht genommen werden. Deshalb geben Eltern wöchentlich über 15 Millionen Euro für Nachhilfe aus. Chancengleichheit?

In Universitäten: Überfüllte Hörsäle mit teilweise Hunderten von StudentInnen. Kein Problem, es gibt ja das Begleitbuch... – ganze zwei Mal in der Bibliothek. Also kaufen! BAföG gibt's eh nur für den geringsten Teil der StudentInnen, also halt ein bisschen mehr arbeiten... – außer wenn Papi und Mami Geld haben. Chancengleichheit?

In Berufsschulen: Wer für Thyssen ausbildet, hat auch die Maschinen da, die man bedienen können muss, wenn man später bei Thyssen arbeitet. Bücher für vernünftigen Politikunterricht? Dann könnte man ja noch herausfinden, wofür Thyssen in den 30ern noch Geld ausgegeben hat. Kritisches Denken braucht der Konzern nicht. Chancengleichheit?

> 73 Airbus A 400 für die Bundeswehr kosten fast 7 Milliarden Euro = 1.650 Grundschulen a 8 Klassen
>
> 134 Transport-Hubschrauber NH 90 kosten 3 Milliarden Euro = 50 Berufsbildungszentren a 3.000 SchülerInnen

Mehr Geld für Bildung!

Spätestens seit der PISA-Studie sind auch die Bosse und Politiker alarmiert. Allerdings nicht aus den selben Gründen wie wir. Sie sehen die Wettbewerbsfähigkeit gefährdet.

Ihre Lösung: Privatisierung des Bildungswesens. Fremdkapital müsse in die Schulen, da der Staat ja kein Geld habe. 73 Airbus A 400 kosten knapp 7 Milliarden Euro, 134 Transport-Hubschrauber NH 90 kosten 3 Milliarden Euro. Und das ist nur ein Sechstel dessen, was der Eurofighter kosten wird! Aber selbst diese horrenden Summen sind nichts gegen die Rekordgewinne der Banken und Konzerne in den letzten Jahren. Da wäre das Geld, das wir brauchen!

Bildung als Ware?

Aber im Kapitalismus entscheiden nicht die Bedürfnisse der Bevölkerung, sondern die Profitinteressen der Bosse. Für sie ist die Rechnung ganz einfach: Der „Bildungsmarkt" hat einen geschätzten Wert von ungefähr 2.200 Milliarden US-Dollar. Und: Selbst in einer Wirtschaftskrise verzichten die Leute zwangsweise auf viele Güter, die sie sich nicht mehr leisten können. Aber wer eine Einschreibegebühr nicht bezahlt, kann seine Berufsqualifikation nicht beenden. Und auch viele Eltern werden sich die notwendigen Schulbücher für ihre Kinder notfalls vom Mund absparen, damit „sie es später mal besser haben". Auch wenn vielen das Geld ausgeht, und immer mehr ein Studium abbrechen müssen – was juckt es die Unternehmer, die mit dem Bildungssektor auf neue Profitaussichten hoffen – dafür gehen Konzerne über jede Leiche, besonders gern über die der freien Bildung!

Dazu können sich die Konzerne aussuchen, wofür sie ihr Geld geben: Geräte für den naturwissenschaftlichen Unterricht zum Beispiel – aber gerne (wenn wir nur ein bisschen Werbung auf dem Schulhof machen dürfen).

Und Schulen, die bekannt dafür sind, auch ein paar fortschrittliche Lehrer zu beschäftigen, müssen mit dem immer kleiner werdenden öffentlichen Etat auskommen. Verlierer der so hochgelobten Schulkonkurrenz: Allgemeinbildung für die Allgemeinheit.

Education is not for Sale!

Mitte März kommen in Salamanca die Kultusminister der EU-Staaten zusammen, um diesen Horrorfilm Wirklichkeit werden zu lassen. Die Drehbücher dazu sind schon geschrieben: Das GATS-Abkommen, welches die vollständige Liberalisierung aller so genannten Dienstleistungen (Gesundheit, Stromversorgung, Telekommunikation, Verkehr, Bildung etc.) bedeutet. Das Bologna-Papier, was sich vor allem mit der Liberalisierung der Hochschulen beschäftigt. Und auch die Vorlagen der alten Kultusministerkonferenzen, die von einem „konkurrenzfähigen Bildungsstandort Europa" träumen.

Protesttag 15. März

Gegen diese Pläne regt sich natürlich Widerstand. So haben sich 500 Jugendliche aus ganz Europa, die auf der Konferenz von International Socialist Resistance – ISR (in Deutschland widerstand international!) anwesend waren, auf gemeinsame Aktionen gegen die Bildungsprivatisierung verständigt. Proteste sollen an einem europaweiten Aktionstag am 15. März stattfinden. Die Form dieser Proteste wird von Land zu Land und auch von Ort zu Ort verschieden sein. Ob Demonstrationen oder Streiks, ob an Schulen, Berufsschulen oder Unis: Am 15. März tragen wir unseren Protest gegen die neoliberale Bildungspolitik auf die Straße!

Europaweit setzen Regierungen im Bildungsbereich den Rotstift an. Aber auch Proteste finden in ganz Europa statt wie hier in Frankreich, was im Frühjahr 2000 zum Rücktritt des damaligen Erziehungsministers Claude Allègre führte

Auch ihr könnt mitmachen: Organisiert Versammlungen an euren Schulen, diskutiert im Unterricht und außerhalb über die Auswirkungen von Bildungsprivatisierung. Macht Aktionen auf eurer Schule oder in der Innenstadt. Verkauft Bildungsgutscheine, verlangt nach den Pausen „Schuleintritt", verlangt nach Quittungen von Schulgebühren, benennt eure Schule feierlich in „AOL-Schule" um, etc., etc. Wenn ihr Informationsmaterial oder Hilfe braucht, meldet euch unter 030/ 24723790.

Eine andere Bildung, eine andere Welt

Privatisierung geschieht überall, nicht nur an Schule und Uni. Von der neoliberalen Politik sind wir alle gleichermaßen betroffen: ArbeiterInnen und Arbeitslose, SchülerInnen, Studierende und RentnerInnen. Nur im gemeinsamen Kampf gegen das System, das das Profitinteresse einiger weniger über die Bedürfnisse aller stellt, haben wir eine Chance. Die SAV unterstützt die Aktionen von wi! und organisiert diesen Kampf. Die SAV steht für eine Welt ohne Ausbeutung, Hunger und Armut, ohne Krisen und Kriege.

Mach mit!

15. März Internationaler Aktionstag

von widerstand international! (wi!) und International Socialist Resistance (ISR): „Bildung ist keine Ware"

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

❒ ... weitere Informationen über die SAV
❒ ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Ich möchte die VORAN abonnieren:

❒ 12 Ausgaben zu 15 Euro
❒ ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ Euro bezahlen
❒ zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen

Name,Telefon

Adresse

Einsenden an: Sozialistische Alternative, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin, Fax 030-24723804, e-mail: info@sav-online.de